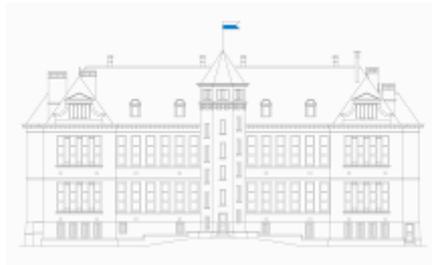


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Inhaltsverzeichnis

---

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT.....	6
<i>Jean-Claude Juncker</i> zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.....	6
ER verschiebt Personalentscheidungen - Verzögerung bei Kommissionsbildung - Verschärfung der Sanktionen gegen Russland.....	7
Vier neue Kommissare ernannt.....	8
EP-Plenum vom 14. - 17.07.2014 in Strassburg: weitere Ergebnisse.....	9
Kommission startet Konsultation zur neuen makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum.....	9
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR.....	10
INNERE SICHERHEIT.....	10
Mitgliedstaaten vereinbaren engere Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung.....	10
Unterzeichnung des Passagierdatenabkommens mit Kanada.....	10
Rat nimmt Jahresberichte von EUROPOL und CEPOL zur Kenntnis.....	11
GLÜCKSSPIEL.....	12
KOM verabschiedet Empfehlungen zu Online-Glücksspielen in der EU.....	12
ASYL UND MIGRATION.....	13
EuGH verwirft deutsche Regelung zum Sprachnachweiserfordernis im Ehegattennachzug Drittstaatsangehöriger.....	13
VERKEHR.....	13
Straßenverkehr: KOM unterstützt und begleitet die Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung des deutschen Straßennetzes.....	13
KOM untersucht Steuervorteile und mögliche staatlichen Beihilfen für öffentliche Häfen.....	14
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	15
Martine Reicherts Interimskommissarin für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft.....	15
Informeller JI-Rat am 08./09.07.2014 in Mailand.....	15
EuGH folgt Antrag des Generalanwalts: Kräutermischungen mit synthetischen Cannabinoiden stellen keine Arzneimittel dar.....	16
Kommission legt Grünbuch zur möglichen Ausweitung des Schutzes geografischer Angaben auf Nicht-Agrarprodukte vor.....	16
Kommission startet Verknüpfung der nationalen Insolvenzregister.....	17
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT.....	17
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe am 07.07.2014.....	17
Wesentliche Ergebnisse des ECOFIN-Rates am 08.07.2014.....	18
EP wählt nach Anhörung neuen Wirtschafts- und Währungskommissar <i>Jyrki Katainen</i> und neuen Haushaltskommissar <i>Jacek Dominik</i> .....	19



EP stimmt Einführung des Euro in Litauen zu .....	19
SRM-Verordnung von Rat formal verabschiedet.....	19
Bulgarien strebt Beitritt zur europäischen Bankenaufsicht an.....	20
Kommission geht Verdacht auf Manipulation der Haushaltsdaten in Valencia (Spanien) nach .....	20
Rat erzielt Einigung über Position zum Jahreshaushalt 2015 .....	21
Kommission veröffentlicht Vorschlag für einen 4. Berichtigungshaushalt 2014.....	21
Kommission billigt bayerisches Breitband-Ausbauprogramm .....	22
Kommission setzt Expertengruppe für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten ein .....	22
Kommission startet Initiative zur Unterstützung des Breitbandausbaus .....	22
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE.....</b>	<b>23</b>
<b>WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....</b>	<b>23</b>
Kommission konsultiert zu möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der länderspezifischen Berichterstattung gemäss Basel III.....	23
Bulgarien strebt Beitritt zur europäischen Bankenaufsicht an.....	23
Kommission legt Grünbuch zur möglichen Ausweitung des Schutzes geografischer Angaben auf Nicht-Agrarprodukte vor .....	24
Kommission veröffentlicht Mitteilung zu unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette.....	24
Neue Leitlinien für Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen .....	25
Kommission startet Konsultation zum europäischen Fusionskontrollverfahren .....	25
Kommission fordert Stärkung der Stellung nationaler Wettbewerbsbehörden.....	25
<b>AUßENWIRTSCHAFT.....</b>	<b>26</b>
Sechste Verhandlungsrunde zu TTIP in Brüssel und Aussprache im EP .....	26
<b>ENERGIE .....</b>	<b>27</b>
Sonderbericht des EuRH mit Empfehlungen zur Förderung erneuerbarer Energien durch Kohäsionsmittel 2014 - 2020.....	27
<b>TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....</b>	<b>27</b>
Kommission billigt bayerisches Breitband-Ausbauprogramm .....	27
<b>SONSTIGES.....</b>	<b>28</b>
Kommission startet Konsultation zur neuen makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum.....	28
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>28</b>
Bericht über den Agrarrat vom 14.07.2014 in Brüssel .....	28
Kommission ermahnt Deutschland wegen zu hoher Nitratbelastung im Wasser.....	29
Neue Zusammensetzung und Konstituierung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im EP (AGRI).....	29
Kommission veröffentlicht Kurzzeitprognose (2014/2015) für den Getreide-, Fleisch- und Milchmarkt ...	29



Kommission veröffentlicht Mitteilung zu unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette.....	30
Kommission fordert 57 Mio. € an Agrarmitteln von den EU-Mitgliedstaaten zurück .....	30
EU erhebt Zölle auf Mais-, Sorghum- und Roggenimporte .....	30
Kommission startet Konsultation zur neuen makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum.....	31
Informeller Umweltrat am 16./17.07.2014 in Mailand .....	31
Kommission veröffentlicht Studie zur Schulverpflegung als Beitrag im Kampf gegen Adipositas .....	31
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION.....</b>	<b>32</b>
Richtlinienvorschlag zur Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt auf der Grundlage einer Sozialpartnervereinbarung .....	32
Entschließung des EP zu Arbeitsplätzen für Jugendlichen .....	33
EuGH verwirft deutsche Regelung zum Sprachnachweiserfordernis im Ehegattennachzug Drittstaatsangehöriger .....	33
EuGH-Urteil zu aufeinanderfolgend befristeten Arbeitsverträgen bei Seeleuten .....	33
EuGH stellt bei französischen Ruhestandsregelungen für Beamte mittelbare Diskriminierungen fest ....	34
Kommission organisiert Seminar für die Mitgliedstaaten zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen .....	35
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST.....</b>	<b>35</b>
Statistik der Kommission zur Erasmus-Mobilität .....	35
Bericht zur Schulverpflegung in der EU veröffentlicht .....	35
Konsultation zu digitalen Arbeitsweisen in der Wissenschaft („Science 2.0“) gestartet.....	36
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....</b>	<b>36</b>
<b>UMWELT UND NATURSCHUTZ.....</b>	<b>36</b>
Rat nimmt Änderungen zur Richtlinie über nukleare Sicherheit an.....	36
Informeller Umweltrat am 16./17.07.2014 in Mailand .....	37
Kommission verschärft Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nitratbelastungen im Grundwasser .....	37
Kommission startet Konsultation zur neuen makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum.....	38
Kommission fördert Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels mit 1 Mrd. €.....	38
Fördermittel für Technologien der Zukunft ausgeschrieben.....	39
<b>VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>39</b>
Kommission verabschiedet Empfehlungen zu Online-Glücksspielen in der EU .....	39
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>40</b>
Patientenrechte: Kommission fordert vollständige Umsetzung der EU-Regeln.....	40
Kommission veröffentlicht Studie zur Schulverpflegung als Beitrag im Kampf gegen Adipositas .....	40
<b>IUK- UND MEDIENPOLITIK.....</b>	<b>41</b>



Schwerpunkte in der Agenda des neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker: Digitaler Binnenmarkt und Gewährleistung der kulturellen Vielfalt im Rahmen von TTIP.....	41
EuGH bestätigt EU-Kartellstrafe gegen Telefónica .....	42
Digital Venice: Italienische Ratspräsidentschaft diskutiert Zukunft der digitalen Wirtschaft in Europa.....	42
Kommission veröffentlicht Studien zu Video-on-demand-Diensten .....	42



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

---

### **JEAN-CLAUDE JUNCKER ZUM PRÄSIDENTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION GEWÄHLT**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 15.07.2014 *Jean-Claude Juncker* zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt. Der 59-jährige, langjährige luxemburgische Ministerpräsident, der im Europawahlkampf Spitzenkandidat der EVP war, erhielt 422 Stimmen, deutlich mehr als die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des EP (376). Gegen ihn stimmten 250 Abgeordnete, 47 enthielten sich, 10 Stimmen waren ungültig. *Juncker* soll die Nachfolge von *José Manuel Barroso* antreten, dessen Mandat am 31.10.2014 endet. Zuvor ist die Zustimmung des EP zur gesamten Kommission mit allen Kommissaren/-innen erforderlich. Darüber soll nach der bisherigen Planung in der Plenarwoche vom 20.-23.10.2014 abgestimmt werden; nach dem sich der Europäische Rat (ER) am 16.07.2014 nicht auf ein „Personalpaket“ verständigen konnte (s. Bericht unten), bleibt aber abzuwarten, ob dieser Zeitplan gehalten werden kann oder die amtierende Kommission, wie 2009, noch über das Ende ihres Mandats hinaus geschäftsführend im Amt bleiben muss.

Vor der Wahl hatte *Juncker* in einer Rede auf französisch, deutsch und englisch angekündigt, dass die Kommission unter seiner Führung politischer werden soll. Die „Gemeinschaftsmethode“ müsse reaktiviert werden, die EU müsse die konkret anstehenden Probleme lösen und keine institutionelle Debatten führen. An die Mitgliedstaaten appellierte *Juncker*, zu Hause für das einzustehen, was gemeinsam in Brüssel beschlossen wurde. Die EU brauche eine Reformagenda, in deren Mittelpunkt mehr Wettbewerbsfähigkeit stehen müsse. Marktregeln hätten allerdings keinen Vorrang vor sozialen Aspekten. *Juncker* bekannte sich zur Sozialen Marktwirtschaft; nicht diese habe in den letzten Jahren versagt, sondern die, die aus Gier gegen ihre Kardinalregeln verstoßen hätten. *Juncker* sprach sich gegen schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aus; dennoch sei ein anspruchsvolles Wachstumsprogramm nötig. Er wolle bis Februar 2015 einen Vorschlag unterbreiten, in den kommenden drei Jahren 300 Milliarden € aus privaten und öffentlichen Investitionen zu mobilisieren. Zudem müsse man Bürokratie abbauen und ernst machen mit der Verwirklichung der Subsidiarität („wir reden seit Maastricht darüber“). Daneben forderte *Juncker* die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, dessen „Grundzüge nicht verändert werden“ sollen. Er werde sich an die Vorgaben des ER halten, kein Geld auszugeben, das nicht da ist, gleichzeitig aber die vorhandene Flexibilität zu nutzen. Leidenschaftlich verteidigte er die Rettungspolitik der letzten Jahre, bat um Verständnis für Fehler („wir mußten ein Flugzeug im Flug reparieren“) und zeigte sich stolz, dass Griechenland im Euroraum gehalten werden konnte. Die EU brauche neue Ideen, vor allem in den Bereichen digitale Revolution, Energie und Klimapolitik. TTIP solle abgeschlossen werden, aber nicht um jeden Preis, Standards werde man nicht opfern, zudem sei mehr Transparenz nötig, sonst werde das Abkommen u.a. im EP scheitern. Die EU sei eine Wertegemeinschaft, er werde einen Kommissar für Grundrechte und Rechtstaatlichkeit ernennen. In der



Außenpolitik solle der EU-Außenbeauftragte nicht mehr von nationalen Außenministern „ausgebremst“ werden. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei mehr Zusammenarbeit nötig, v.a. bei der Beschaffung. Zudem zeigte sich Juncker überzeugt, dass es in den nächsten fünf Jahre zu keiner EU-Erweiterung kommen werde

In der Debatte über die Rede kündigten die Fraktionsvorsitzenden *Weber* (EVP), *Pitella* (S&D) und *Verhofstadt* (ALDE) die Unterstützung ihrer Fraktionen bei der Wahl an; *Kamal* (EKR) und *Zimmer* (Linke) kündigten Ablehnung bei der Wahl, aber gleichzeitig Bereitschaft zur Zusammenarbeit danach an. *Lambert* (Grüne) äußerte sich ebenfalls eher kritisch, grundsätzlich ablehnend waren *Farage* (EFDD) und *Le Pen* (Fraktionslose).

*Juncker* veröffentlichte seine Schwerpunkte auch in allen EU-Amtssprachen in einem 10-Punkte-Programm:

1. Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen
2. Digitaler Binnenmarkt
3. Energieunion, Klimaschutz
4. Vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis
5. Vertiefte und fairere WWU
6. Vernünftiges ausgewogenes TTIP
7. Freiheit, Sicherheit und Recht (mit Ankündigung, einen Kommissar mit Zuständigkeit für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit zu ernennen)
8. Neue Migrationspolitik (mit Ankündigung, einen Kommissar mit Zuständigkeit für Migrationspolitik zu ernennen)
9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne (mit Ankündigung, dem Hohen Beauftragten andere für außenpolitische Themen zuständige Kommissare als Stellvertreter an die Seite zu stellen)
10. Union des demokratischen Wandels

Schriftliches Programm von *Jean-Claude Juncker*:

[http://ec.europa.eu/news/eu\\_explained/140715\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/eu_explained/140715_de.htm)

## **ER VERSCHIEBT PERSONALENTSCHEIDUNGEN - VERZÖGERUNG BEI KOMMISSIONSBILDUNG - VERSCHÄRFUNG DER SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND**

Der Europäische Rat hat bei einer Sondersitzung am 16.07.2014 keine Einigung über die anstehenden Personalentscheidungen erzielt und will dazu am 30.08.2014 erneut zusammentreten. Damit bleibt zunächst offen, wer im Herbst die Nachfolge von ER-Präsident *Van Rompuy* und der Hohen Beauftragten *Ashton* antreten und wer 2015 erster hauptamtlicher Präsident der Eurogruppe wird.

Damit wird sich auch die Bildung der neuen Kommission verzögern. Der gewählte Kommissionspräsident *Juncker* wollte eigentlich die Mitgliedstaaten zur Nominierungen ihrer Kommissionsmitglieder bis Ende Juli



auffordern und in der ersten Augushälfte bekannt geben, welche Zuständigkeiten er welchem designierten Kommissionsmitglied übertragen will. Da jetzt bis Ende August offen bleibt, welcher Mitgliedstaat den / die Außenbeauftragte(n) (der gleichzeitig Kommissionsvizepräsident ist) stellt, können Länder, die den Außenbeauftragten stellen möchten, zuvor kaum Kommissionskandidaten nominieren. Damit können die Anhörungen der designierten Kommissare im EP frühestens Ende September beginnen, weil sich die designierten Kommissare zuvor auf die dreistündige Anhörung in den federführenden EP-Ausschüssen vorbereiten müssen. Abzuwarten bleibt damit, ob das EP, wie bisher geplant, in der Woche vom 20. - 23.10.2014 über die Kommission als Ganzes abstimmen und die neue Kommission ihre Arbeit am 01.11.2014 aufnehmen kann.

Der ER sprach ausführlich mit dem designierten Kommissionspräsidenten *Juncker* über die Umsetzung der Prioritäten der beim letzten ER beschlossenen strategischen Agenda für die nächsten Jahre (EB 13/14).

Außerdem wurde die Lage in der Ukraine und im Nahen Osten ausführlich diskutiert. Zur Ukraine „bedauert“ der ER, dass Russland seine Forderungen vom 27.06.2014 nicht umgesetzt hat und verschärft daher die verhängten Sanktionen. Erneut geschieht dies zeitgleich mit entsprechenden Ankündigungen der USA. Über die bisher verhängten Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen Einzelpersonen hinaus sollen nun auch Maßnahmen gegen „Einrichtungen“ verhängt werden. So soll die Bereitstellung von EU-Geldern für die Zusammenarbeit mit Russland überprüft und teilweise gestoppt werden. Ebenso soll die EIB keine neuen Maßnahmen zu Gunsten Russlands mehr annehmen.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/144005.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/144005.pdf)

Pressestatement von *Herman Van Rompuy* nach dem ER:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ec/143991.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/143991.pdf)

#### **VIER NEUE KOMMISSARE ERNANNT**

Am 16.07.2014 stimmte das EP der Ernennung der vier Interimskommissar *Jacek Dominik* (POL), *Jyrki Katainen* (FIN), *Fernando Nelli Ferocci* (ITA) und *Martine Reicherts* (LUX) zu. Sie waren von ihren Regierungen nominiert worden, um die Ämter der bisherigen Kommissare *Janusz Lewandowski*, *Olli Rehn*, *Antonio Tajani* und *Viviane Reding*, die ein Mandat im EP angenommen haben, zu übernehmen (EB 13/14). Die vier designierten Kommissare waren am 14.07.2014 in Sondersitzungen der jeweils federführenden EP-Ausschüsse angehört worden. Die neuen Kommissare wurden am 17.07.2014 vom Rat ernannt und übernehmen im Wesentlichen die Zuständigkeit ihrer Vorgänger. Kommissionspräsident *Barroso* ernannte den neuen Kommissar und früheren finnischen Ministerpräsidenten *Katainen* zudem zum Kommissionsvizepräsidenten.

Ernennung der neuen Kommissare durch den Rat:



[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf)

## EP-PLENUM VOM 14. - 17.07.2014 IN STRASSBURG: WEITERE ERGEBNISSE

Die zweite Plenarwoche seit der Europawahl stand ganz im Zeichen der Wahl des neuen Kommissionspräsidenten. Von Bedeutung war zudem die Anhörung und Zustimmung den vier Interimskommissaren (s. Berichte dazu oben). Debatten und Abstimmungen über Rechtsakte standen noch nicht auf der Tagesordnung. Außerdem stimmte das EP dem Euro-Beitritt Litauens zu und debattierte über TTIP und zum Thema Jugendarbeitslosigkeit sowie zur möglichen Rücknahme des Vorschlags für eine Mutterschutzrichtlinie durch die Kommission (s. dazu Beiträge der zuständigen Ressorts in diesem EB). Daneben wurden verschiedene außenpolitische Themen diskutiert und über Resolutionen dazu abgestimmt. Thema waren unter anderem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Ägypten, sowie die Lage in Nigeria und im Irak. Zur Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina nahm das EP ebenfalls Stellung.

Erstmals seit dem Plenum im April debattierte das EP auch wieder ausführlich über die Lage in der Ukraine und nahm dazu eine EntschlieÙung an. In Vertretung der bei den Atomverhandlungen mit dem Iran in Wien gebundenen Außenbeauftragten *Catherine Ashton* berichtete der Kommissar für Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, Štefan FÜLE über die Eskalation in der Ukraine. Die EU setze sich auf allen ihr möglichen Wegen für die Ukraine ein. Diplomatische Bemühungen sollten den Friedensplan des ukrainischen Präsidenten voran bringen. Man haben viel Geld für Reformen in der Ukraine bereit gestellt und unterstütze die Regierung bei der Umsetzung von Reformen. Die meisten Abgeordneten wiesen Russland die Schuld für die Verschärfung der Lage in den letzten Monate zu und lobten Reformschritte in der Ukraine. In einer u.a. von EVP, S&D und ALDE formulierten EntschlieÙung begrüÙt das EP die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen der EU mit Georgien, Moldawien und der Ukraine und den Friedensplan von Präsident Poroschenko. „Russlands Aggression gegenüber der Krim“ wird verurteilt und Russland aufgefordert, den ukrainischen Friedensplan zu unterstützen und seine Grenze zu sichern, um das Einsickern von bewaffneten illegalen Kämpfern in die Ukraine zu verhindern.

Vom EP angenommene Texte:

[http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html#banner\\_session\\_live](http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html#banner_session_live)

## KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR NEUEN MAKROREGIONALEN EU-STRATEGIE FÜR DEN ALPENRAUM

Am 16.07.2014 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen makroregionalen Strategie für den Alpenraum gestartet. Sie soll die vierte makroregionale Strategie werden und umfasst sieben Länder, fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie die Schweiz und Liechtenstein. Bürger, Unternehmen, Behörden, Organisationen und alle interessierten Kreise sind aufgerufen ihre Vorschläge und Anregungen einzubringen. Stellungnahmen können bis 15.10.2014 eingereicht werden (s. den ausführlicheren Beitrag des StMUV in diesem EB).



Link zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/eusalp/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/eusalp/index_en.cfm)

## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

### INNERE SICHERHEIT

#### MITGLIEDSTAATEN VEREINBAREN ENGERE ZUSAMMENARBEIT IN DER TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Die Mitgliedstaaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Polen, Spanien, Niederlande und Vereinigtes Königreich haben am 07.07.2014 im Vorfeld des informellen JI-Rats in Mailand eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung beschlossen. Bei einem Treffen auf Initiative der belgischen Innenministerin *Joëlle Milquet* kamen die o.g. MS überein, bestehende Instrumente des Informationsaustausches intensiver und koordinierter zu nutzen, um sich gegenseitig vor Gefahren zu warnen, die von aus Syrien zurückkehrenden „Foreign Fighters“ ausgehen. Im Zentrum der Initiative steht eine effektivere Nutzung des Schengener Informationssystem (SIS); eine bessere Frühwarnung vor gefährlichen Syrien-Rückkehrern soll jedoch auch durch zielgerichtete Grenzkontrollen, die Weiterleitung von Informationen an EUROPOL für eine integrierte Analyse, einen Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden in o.g. Staaten zur Rückkehrer-Problematik sowie einen Austausch zur besseren Nutzung von Passagierdatensätzen (PNR) erreicht werden.

#### UNTERZEICHNUNG DES PASSAGIERDATENABKOMMENS MIT KANADA

Die EU und Kanada haben am 25.06.2014 ein Abkommen über die Verarbeitung und Weiterleitung von Passagierdaten (Passenger Name Records/PNR) durch Luftfahrtunternehmen unterzeichnet. Es soll das bisherige Abkommen aus dem Jahr 2006 ersetzen. Die EU hat derzeit Vereinbarungen über die Übertragung und Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR) mit Australien, Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika. Im Mai 2010 beschloss das EP, die Abstimmung über den Antrag auf Zustimmung zum bestehenden PNR-Abkommen mit den USA und Australien zu verschieben. Zudem forderte das EP in einer Entschließung die Aushandlung neuer Abkommen mit den USA, Australien und Kanada. Die neuen Vereinbarungen mit Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika wurden bereits im Jahr 2011 unterzeichnet und traten nach der Zustimmung des EP am 01.06. bzw. 01.07.2012 in Kraft.

Dem Abkommen mit Kanada muss noch das EP zustimmen, bevor der Rat die Entscheidung über den Abschluss des Abkommens treffen kann. Es ist von Zustimmung sowohl des Parlaments, als auch des Rats auszugehen, auch wenn die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittstaaten zuletzt u.a. im



Zusammenhang mit der EuGH-Grundsatzentscheidung zur Vorratsdatenspeicherung verstärkt in die Diskussion geraten ist.

Weitere Informationen:

PM des Rats:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/jha/143370.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/143370.pdf)

Text des Abkommens:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2012657%202013%20REV%201>

KOM-Mitteilung über das sektorübergreifende Konzept für die Übermittlung von Fluggastdatensätzen (PNR) an Drittländer:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2013954%202010%20INIT>

### **RAT NIMMT JAHRESBERICHTE VON EUROPOL UND CEPOL ZUR KENNTNIS**

Der Rat hat am 08.07.2014 beim informellen JI-Rat in Mailand die Jahresberichte von EUROPOL und CEPOL zur Kenntnis genommen.

Der EUROPOL-Jahresbericht 2013 befasst sich neben der aktuell verhandelten Neuordnung der Rechtsgrundlage für die EU-Agentur sowie den im Berichtszeitraum gesetzten Schwerpunkten u.a. mit Herausforderungen, die als besonders wichtig für die Verbesserung der Inneren Sicherheit in der EU angesehen werden. EUROPOL nennt u.a. die Kooperationsfähigkeit der Mitgliedstaaten bzw. ihrer Polizeibehörden, die Zentralisierung bestimmter spezieller Ressourcen, wie sie mit der Schaffung des European Cybercrime Center EC3 eingeleitet worden sei, sowie die Optimierung der Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor. Der öffentlich-privaten Kooperation misst EUROPOL eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Cyber-Gefahren, aber auch von Geldwäsche, sowie von Verstößen gegen Urheberrechte bei.

Der CEPOL-Jahresbericht 2013 stellt den jährlichen Teilnehmerzuwachs bei den Fortbildungen sowie die Nutzung moderner Lernmethoden, z.B. von webbasierten Seminaren, heraus. Im Ausblick misst CEPOL den vorbereitenden Arbeiten zur Implementierung des European Law Enforcement Training Scheme (LETS) sowie der Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen EU-Agenturen eine Schlüsselrolle bei. Auf den vom Rat und Parlament beschlossenen Umzug der Agentur von Bramshill (UK) nach Budapest (HUN) geht der Bericht dagegen nicht ein.

Weitere Informationen:

EUROPOL-Jahresbericht 2013:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2010426%202014%20INIT>

CEPOL- Jahresbericht 2013:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2010426%202014%20INIT>



## GLÜCKSSPIEL

### KOM VERABSCHIEDET EMPFEHLUNGEN ZU ONLINE-GLÜCKSSPIELEN IN DER EU

Die KOM hat am 14.07.2014 Empfehlungen für die Regulierung von Online-Glücksspielen in der EU veröffentlicht. Die Empfehlungen sollen einem besseren Schutz der Teilnehmer an solchen Spielen dienen, damit die Gesundheit insbesondere von Minderjährigen nicht durch exzessives Spielen beeinträchtigt wird. Die Empfehlungen „laden die Mitgliedstaaten ein“, bei der Regulierung folgende Prinzipien anzuwenden:

- Für Glücksspiel-Websites sollen Basisinformationen vorgeschrieben werden,
- Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass Minderjährige keinen Zugang zu Online-Glücksspielen haben,
- Es sollte ein Registrierungsverfahren zur Einrichtung von Spielerkonten geben,
- Glücksspieler sollten präventiv Kontrollmechanismen an die Hand bekommen,
- Die Spieler sollten Zugang zu Beratungsstellen haben, die sie im Hinblick auf ihr Spielverhalten unterstützen,
- Werbung und Sponsoring für Online-Glücksspieldienste sollten transparenter sein und mehr soziale Verantwortung zeigen,
- Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass Mitarbeiter von Online-Glücksspielbetreibern, die in Kontakt zu den Spielern stehen, im Hinblick auf das Erkennen von problematischem Spielverhalten und den geeigneten Umgang mit den Spielern geschult werden.

Die Mitgliedstaaten sollen zudem Aufklärungskampagnen zu den Risiken des Glücksspiels durchführen, besser die Daten zu Spielerkonten erfassen, Verstöße von Anbietern gegen die Vorschriften registrieren und der KOM diejenigen Regulierungsstellen benennen, die die Umsetzung der Empfehlung „unabhängig überwachen“ werden.

Die Empfehlungen sind für die Mitgliedstaaten rechtlich nicht verbindlich. Die KOM hat jedoch die Mitgliedstaaten aufgefordert, der Kommission 18 Monate nach Veröffentlichung der Empfehlung im Amtsblatt der Europäischen Union über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten. Die KOM wird diese Maßnahmen dann 30 Monate nach der Veröffentlichung bewerten.

Weitere Informationen:

PM der KOM:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-828\\_de.htm?locale=de](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-828_de.htm?locale=de)

Text der Empfehlungen:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-commission-recommendation-on-online-gambling\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-commission-recommendation-on-online-gambling_de.pdf)

Analyse der Auswirkungen:



Zusammenfassung:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-executive-summary-of-ia\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-executive-summary-of-ia_de.pdf)

Teil 1:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part1\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part1_de.pdf)

Teil 2:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part2_de.pdf)

## ASYL UND MIGRATION

### EUGH VERWIRFT DEUTSCHE REGELUNG ZUM SPRACHNACHWEISERFORDERNIS IM EHEGATTENACHZUG DRITTSTAATSANGEHÖRIGER

Der EuGH hat am 10.07.2014 zur Rechtssache C-138/13 (Naime Dogan gegen die Bundesrepublik Deutschland) geurteilt, dass der seit 2007 in Deutschland von Drittstaatsangehörigen für die Erteilung eines Visums für den Zweck des Ehegattennachzugs geforderte Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gegen Unionsrecht verstößt. Die Bestimmung sei nicht mit der sog. Stillhalteklausele vereinbar, die seit Anfang der 1970er Jahre im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der Türkei gelte. Das Gericht folgte damit den Schlussanträgen von Generalanwalt Paolo Mengozzi vom 30.04.2014 (siehe Bericht im EB 09/14).

Weitere Informationen:

PM des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140096de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=154828&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=375638>

## VERKEHR

### STRASSENVERKEHR: KOM UNTERSTÜTZT UND BEGLEITET DIE EINFÜHRUNG EINER INFRASTRUKTURABGABE FÜR DIE BENUTZUNG DES DEUTSCHEN STRASSENNETZES

Die KOM hat am 07.07.2014 – anlässlich der Vorstellung der Konzeption von Bundesverkehrsminister *Dobrindt* zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung des deutschen Straßennetzes – ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Vorhaben erklärt. *Helen Kearns*, Sprecherin von Vizepräsident und Verkehrskommissar *Siim Kallas*, erklärte: „Die Europäische Kommission unterstützt die Reflexionen in Deutschland über die Einführung der Nutzerfinanzierung für den Straßenbau (Infrastrukturabgabe). Wir sehen viele positive Elemente in dem [...] Konzept.“ Zugleich machte die KOM deutlich, dass noch viele Einzelfragen geklärt und die vorliegende Konzeption weiter ausgearbeitet werden müsse, bevor sich die KOM abschließend zu dem Vorhaben positionieren könne. *Kearns*: „Wir sind bereit, mit der Bundesregierung zu arbeiten, um sicherzustellen, dass dieses neue System im Einklang mit EU-Recht und insbesondere dem



Grundsatz der Nichtdiskriminierung steht.“ Bundesverkehrsminister *Dobrindt* und Verkehrskommissar *Kallas* verständigten sich hierzu auf Konsultationen der Arbeitsebene, bei denen offene Fragen diskutiert und Lösungen ausgearbeitet werden sollen, die eine rechtssichere Ausgestaltung und Implementierung des deutschen Vorhabens zur Neuregelung der Finanzierungsgrundlagen für das deutsche Straßennetz ermöglichen sollen. Diese Konsultationen, an denen Fachleute aus der Generaldirektion Verkehr der Kommission sowie dem Bundesverkehrsministerium (BMVI) teilnehmen, haben am 16.07.2014 in Brüssel begonnen.

Weitere Informationen:

PM der KOM:

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12527\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12527_de.htm)

PM des BMVI:

<http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2014/053-dobrindt-pkw-maut.html>

Konzeptpapier des BMVI:

[http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/Strasse/pkw-maut-infrastrukturabgabe-infopapier.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/Strasse/pkw-maut-infrastrukturabgabe-infopapier.pdf?__blob=publicationFile)

## **KOM UNTERSUCHT STEUERVORTEILE UND MÖGLICHE STAATLICHEN BEIHILFEN FÜR ÖFFENTLICHE HÄFEN**

Die KOM hat am 09.07.2014 eine vertiefte Untersuchung der Steuervorteile für öffentliche Häfen in den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Deutschland eingeleitet. Ziel der Untersuchung ist es, festzustellen, ob die gewährten Steuervorteile den Vorschriften für staatliche Beihilfen widersprechen. Die Untersuchung soll betroffenen Interessenträgern Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die KOM betonte in ihrer Ankündigung der Untersuchung, dass diese „ergebnisoffen“ durchgeführt werde und neben der Steuerbefreiung in den Niederlanden in einer weiteren Untersuchung auch alle anderen Mitgliedstaaten mit Häfen in öffentlicher Trägerschaft sowie auch andere Formen möglicher staatlicher Beihilfen – z. B. die Übernahme entstandener Verluste – untersucht werden sollen.

Ausgelöst wurden die Untersuchungen aufgrund von Zweifeln der KOM, ob die geltende Befreiung niederländischer öffentlicher Unternehmen von der Unternehmenssteuer mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Im Zuge der Untersuchungen wurde die KOM auch auf Steuervorteile für öffentliche Häfen in anderen Mitgliedstaaten aufmerksam. Bedenken bestehen etwa hinsichtlich der Besteuerung von Häfen in Frankreich und Belgien; Deutschland forderte die KOM auf, mehr Informationen zu liefern, um sicherzustellen, dass öffentliche Häfen keine unfairen Wettbewerbsvorteile erhalten. Die Prüfung betrifft laut KOM in den Niederlanden neben den See- auch die Binnenhäfen. In Deutschland jedoch umfasst die Informationsanfrage, die das Anfangsstadium der Untersuchung bildet, bis jetzt lediglich die Seehäfen Hamburg und Bremen.



Weitere Informationen:

PM der KOM:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-794\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-794_de.htm)

## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### MARTINE REICHERTS INTERIMSKOMMISSARIN FÜR JUSTIZ, GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT

Am 16.07.2014 wurde die Luxemburgerin *Martine Reicherts* vom EP als Nachfolgerin für die ins Parlament gewählte ehemalige Justizkommissarin und Kommissionsvizepräsidentin *Viviane Reding* (EB 13/14) gebilligt und bereits auf der außerordentlichen Sitzung des ER am 17.07.2014 zur Kommissarin ernannt. *Reicherts* wird damit bis zum Ende der Legislaturperiode im Oktober 2014 ausüben.

Die studierte Juristin und designierte Interims-Justizkommissarin *Reicherts* ist bereits seit 30 Jahren in den Europäischen Institutionen tätig und hat in dieser Zeit in den unterschiedlichsten Bereichen gearbeitet. Seit 2007 ist sie Generaldirektorin des Europäischen Amtes für Veröffentlichungen.

Anhörung von Frau Reicherts anlässlich der gemeinsamen Sitzung des JURI-, FEMM- und LIBE-Ausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/committees/video?event=20140714-1900-COMMITTEE-LIBE-JURI-FEMM>

Pressemitteilung Rat:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf)

Pressemitteilung der EVP:

<http://www.eppgroup.eu/press-release/EPP-Group-supports-four-new-interim-Commissioners?usebuid=2053>

Lebenslauf von Frau Reicherts:

[http://ec.europa.eu/civil\\_service/docs/directors\\_general/reicherts\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/civil_service/docs/directors_general/reicherts_en.pdf)

Pressemitteilung der Kommission vom 01.07.2014:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-762\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-762_en.htm)

### INFORMELLER JI-RAT AM 08./09.07.2014 IN MAILAND

Am 08. und 09.07.2014 fand der erste informelle JI-Rat unter italienischer Präsidentschaft in Mailand statt. Die wesentlichen Themen für den Geschäftsbereich des StMJ, die auf der Tagesordnung standen, waren das Datenschutzreformpaket (EB 12/14), die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (12/14, 05/14, 13/13) und die sog. „Apostillenverordnung“ (EB 07/13).



Video der Pressekonferenz (überwiegend in Italienisch und teils auf Englisch):

<http://italia2014.eu/en/news/video/informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers/press-conference-of-the-informal-meeting-of-jha-ministers/>

Tagesordnung (englisch):

[http://italia2014.eu/media/1253/agenda-8-9-july\\_-informal-justice-and-home-affairs.pdf](http://italia2014.eu/media/1253/agenda-8-9-july_-informal-justice-and-home-affairs.pdf)

### **EUGH FOLGT ANTRAG DES GENERALANWALTS: KRÄUTERMISCHUNGEN MIT SYNTHETISCHEN CANNABINOIDEN STELLEN KEINE ARZNEIMITTEL DAR**

Nicht einmal einen Monat nach den Schlussanträgen des Generalanwalts *Yves Bot* in den verbundenen Rechtssachen C-358/13 und C-181/14 (siehe ausführlich EB 12/14) hat der EuGH am 10.07.2014 nunmehr seine Entscheidung verkündet: der Arzneimittelbegriff im Sinne der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel umfasst demnach nicht solche Stoffe und Zubereitungen, die zwar Auswirkungen auf die physiologischen Funktionen haben, aber daneben nicht geeignet sind, der menschlichen Gesundheit unmittelbar oder auch nur mittelbar zuträglich zu sein, sondern die vielmehr allein deswegen konsumiert werden, um sich in einen Rauschzustand zu versetzen. Dass diese Stoffe und Zubereitungen daneben gesundheitsschädlich sind, ändert an dieser Einordnung nichts.

Pressemeldung:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140099de.pdf>

Urteil des EuGH vom 10.07.2014:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=154827&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=97205>

### **KOMMISSION LEGT GRÜNBUCH ZUR MÖGLICHEN AUSWEITUNG DES SCHUTZES GEOGRAFISCHER ANGABEN AUF NICHT-AGRARPRODUKTE VOR**

EU-weit besteht für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel, sowie Weine und Spirituosen bereits ein einheitlicher Schutz für geografische Bezeichnungen. Diesen erwägt die Kommission nun zu erweitern auf nicht-landwirtschaftliche Produkte, bei denen ebenfalls geografische Besonderheiten und Verarbeitungen zum Tragen kommen (z.B. Meißner Porzellan). Um sich einen Überblick über das Meinungsbild der Betroffenen zu verschaffen, hat die Kommission am 15.07.2014 ein Grünbuch vorgelegt. In diesem wird zum einen dargelegt, wie sich die Lage für diese Produkte derzeit darstellt und zum anderen werden alle Hersteller und Händler, aber auch die Verbraucher aufgefordert, auf die in diesem Grünbuch aufgeworfenen Fragen bis zum 28.10.2014 zu antworten. Die Ergebnisse dieser Konsultation wird die Kommission anschließend auswerten und bei ihrer Entscheidung, ob sie auf EU-Ebene weitere Maßnahmen vorschlagen wird, berücksichtigen.

Zur Konsultation mit weiterführenden Informationen:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/index_de.htm)



Grünbuch:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/docs/consultation-document\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/docs/consultation-document_de.pdf)

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-832\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-832_de.htm)

FAQ (nur in Englisch):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-486\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-486_en.htm)

## **KOMMISSION STARTET VERKNÜPFUNG DER NATIONALEN INSOLVENZREGISTER**

Am 07.07.2014 leitete die Kommission die EU-weite Vernetzung der nationalen Insolvenzregister ein. Deutschland ist neben Estland, den Niederlanden, Österreich, Rumänien, Slowenien und der Tschechischen Republik einer der ersten sieben Mitgliedstaaten, die es Unternehmen, Gläubigern und Investoren ermöglicht, über das e-Justice-Portal von den teilnehmenden Mitgliedstaaten per Internet grenzüberschreitend Auskunft über insolvente natürliche oder juristische Personen zu erhalten.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-774\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-774_de.htm)

Link zum Verbund der Insolvenzregister:

<https://e-justice.europa.eu/external.do?idTaxonomy=246&plang=de&init=true>

## **STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT**

---

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE AM 07.07.2014**

Am 07.07.2014 trafen sich die Finanz- und Wirtschaftsminister der Eurozone im Vorfeld des ECOFIN-Rates zu einer regulären Sitzung. Sie befassten sich mit den Fortschritten bei der Implementierung der Bankenunion und in den Programmländern Griechenland und Zypern. Außerdem diskutierten sie im Rahmen der auf der letzten Sitzung vereinbarten besseren Koordinierung der Strukturreformen die Reduzierung der Abgaben- und Steuerlast auf Arbeit.

Stellungnahme des Eurogruppenchefs Dijsselbloem (in englischer Sprache):

<http://www.eurozone.europa.eu/newsroom/news/2014/07/press-remarks-by-jdijsselbloem-following-the-eurogroup-meeting-of-7-july-2014/>

Entscheidung des EFSF-Direktoriums zu Griechenland (in englischer Sprache):

<http://www.efsf.europa.eu/mediacentre/news/2013/efsf-board-of-directors-approves-1-billion-disbursement-to-greece.htm>

Entscheidung des ESM-Gouverneursrats zu Zypern (in englischer Sprache):



<http://www.esm.europa.eu/press/releases/esm-board-of-directors-approves-600-million-disbursement-to-cyprus.htm>

Stellungnahme der Eurogruppe zur Steuer- und Abgabensenkung auf Arbeit (in englischer Sprache):

<http://www.eurozone.europa.eu/newsroom/news/2014/07/eurogroup-statement-on-reducing-tax-wedge-on-labour/>

#### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES AM 08.07.2014**

Am 08.07.2014 tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) mit den Schwerpunkten Sachstand bei den Sekundärrechtsakten beim Bankenabwicklungsmechanismus (SRM-Verordnung), Vorstellung des Arbeitsprogrammes der italienischen Ratspräsidentschaft, Überprüfung der Strategie Europa 2020 und Besteuerung von Zinserträgen. Die Mutter-Tochter-Richtlinie wurde, nachdem bereits auf dem letzten Rat eine politische Einigung erzielt worden war, nun auch formal angenommen. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis zum 31.12.2015 in nationales Recht umsetzen. Auch die länderspezifischen Empfehlungen wurden vom ECOFIN formal gebilligt, wodurch das Europäische Semester 2014 abgeschlossen wurde. Die Kommission berichtete, dass die Verhandlungen zur Zinsbesteuerung in Drittländern (Schweiz, Lichtenstein, Andorra, Monaco und San Marino) auf Basis des neuen, weltweiten OECD-Standards voraussichtlich bis Jahresende abgeschlossen werden könnten. Der ECOFIN-Rat diskutierte auch die Europa 2020-Strategie, deren Zwischenbilanz im Frühjahr 2015 ansteht. Auf Anregung von Deutschland wird sich der ECOFIN-Rat auf seiner nächsten informellen Sitzung am 13.09.2014 in Mailand auch mit der Effektivität der länderspezifischen Empfehlungen auseinandersetzen. Der Rat griff zudem die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu Wirtschaftswachstum und Strukturreformen auf und betonte in einer Ratserklärung, dass Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung Hand-in-Hand gehen müssten. Dabei sollte die Flexibilität des bestehenden Stabilitäts- und Wachstumspakt genutzt werden. Der Rat kündigte an, dass die Kommission bis 14.12.2014 dem Rat und dem EP zur Wirksamkeit der Six-Pack- und Two-Pack-Regelungen berichten werde. Diese Sitzung war gleichzeitig die erste unter italienischem Ratsvorsitz.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/143776.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143776.pdf)

Pressemitteilung des Rates zur Mutter-Tochter-Richtlinie (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/143709.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143709.pdf)

Pressemitteilung des Rates zu den länderspezifischen Empfehlungen (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/143710.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143710.pdf)

Pressemitteilung des Rates zu den Diskussionen über Wachstum und Reformen (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/143747.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143747.pdf)



## **EP WÄHLT NACH ANHÖRUNG NEUEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSKOMMISSAR *JYRKI KATAINEN* UND NEUEN HAUSHALTSKOMMISSAR *JACEK DOMINIK***

Am 16.07.2014 hat das EP der Ernennung von vier designierten Kommissaren zugestimmt, die bis zur Einsetzung der neuen Kommission am 01.11.2014 die Kommissare ersetzen sollen, die ihr Amt wegen der Wahl in das EP niedergelegt hatten. Als Nachfolger für den Kommissar für Wirtschaft und Währung *Olli Rehn* wurde der ehemalige finnische Ministerpräsident *Jyrki Katainen* benannt, und für den Kommissar für Finanzplanung und Haushalt *Janusz Lewandowski* der Unterstaatssekretär im polnischen Finanzministerium *Jacek Dominik*. Zuvor fanden am 14.07.2014 in den zuständigen Ausschüssen des EP die Anhörungen der Kandidaten statt, in den sie die Prioritäten ihrer nur knapp drei Monate dauernden Amtszeit erläuterten und sich Fragen der Abgeordneten stellten. Über die Kandidaten wurde nicht einzeln abgestimmt; 421 Abgeordnete stimmten für die Übergangskommissare und 170 dagegen bei 32 Enthaltungen. Die neuen Kommissare wurden am 17.07.2014 vom Rat ernannt und übernehmen im Wesentlichen die Zuständigkeit ihrer Vorgänger.

Pressemitteilung des EP zur Anhörung (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140714IPR52304/pdf>

Pressemitteilung des EP zur Wahl:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140715IPR52449/pdf>

Ernennung der neuen Kommissare durch den Rat:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf)

## **EP STIMMT EINFÜHRUNG DES EURO IN LITAUEN ZU**

In seiner Plenartagung am 16.07.2014 in Straßburg hat das EP in einer EntschlieÙung empfohlen, Litauen zum 01.01.2015 in die Währungsunion aufzunehmen. Damit folgt das EP den Empfehlungen der Eurogruppe, des ECOFIN-Rates und des ER auf Vorschlag der Kommission. 545 Abgeordnete stimmten der EntschlieÙung zu, bei 116 Gegenstimmen und 34 Enthaltungen. Das EP ist bei dem Verfahren anzuhören. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten wird am 23.07.2014 abschließend über die Einführung des Euro in Litauen entscheiden. Die laut EU-Vertrag notwendige qualifizierte Mehrheit der Eurostaaten gilt als sicher.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52246/pdf>

## **SRM-VERORDNUNG VON RAT FORMAL VERABSCHIEDET**

Der Rat für Landwirtschaft und Fischerei hat am 14.07.2014 ohne weitere Diskussion die Verordnung zur Einführung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken (SRM) formal verabschiedet. Damit kann die Verordnung noch vor der Sommerpause im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden. Die Verabschiedung der Verordnung folgt der mit dem EP Ende März erzielten Einigung in den Trilogverhandlungen. Der



Abschluss des Rechtsetzungsverfahrens hatte sich aufgrund der noch nicht beendeten sprachjuristischen Prüfung und der Wahlen zum EP verzögert.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/143925.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143925.pdf)

### **BULGARIEN STREBT BEITRITT ZUR EUROPÄISCHEN BANKENAUF SICHT AN**

Nach einer Krisensitzung am 15.07.2014 des bulgarischen Ministerpräsidenten, des Finanzministers und weiteren politischen Spitzen mit Staatspräsident *Rossen Plewneliew* sowie dem Nationalbank-Präsidenten, hat die Bulgarische Zentralbank Kontakt mit der EZB aufgenommen, um den Beitritt von Bulgarien zum Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) vorzubereiten. Hintergrund ist die Affäre um die viertgrößte Bank Bulgariens, die Corporate Commercial Bank (Corpbank). Wegen einer Liquiditätskrise wurde die Bank von der Bulgarischen Notenbank unter Sonderaufsicht gestellt. Eine Prüfung ergab eine unrechtmäßige Kreditvergabe in Höhe von umgerechnet 1,8 Mrd. €. Parallel zur Vorbereitung einer Teilnahme Bulgariens am SSM hat die bulgarische Zentralbank auch Gespräche mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) aufgenommen, um eine Überprüfung der Qualität und der Leistungsfähigkeit der bulgarischen Bankenaufsicht sowie der Aufsichtspraxis und -verfahren zu initiieren. Bulgarien wäre der erste Mitgliedstaat außerhalb der Eurozone, der an der europäischen Bankenaufsicht durch die EZB teilnehmen würde.

Pressemitteilung der Bulgarischen Zentralbank (in englischer Sprache):

[http://www.bnb.bg/PressOffice/POPressReleases/POPRDate/PR\\_20140715\\_EN](http://www.bnb.bg/PressOffice/POPressReleases/POPRDate/PR_20140715_EN)

### **KOMMISSION GEHT VERDACHT AUF MANIPULATION DER HAUSHALTS DATEN IN VALENCIA (SPANIEN) NACH**

Wie die Kommission am 11.07.2014 in einer Pressemitteilung bekanntgab, geht sie dem Verdacht auf manipulierte Haushaltsdaten in Spanien nach. Eine der 17 spanischen Regionalregierungen, die Region Valencia, soll über mehrere Jahre systematisch fehlerhafte Daten zum Haushaltsdefizit an die Zentralregierung in Madrid übermittelt haben. 2012 hatte das spanische Statistikamt die Europäische Statistikbehörde Eurostat darüber informiert, dass das spanische Defizit 2011 um 0,4 % des BIP nach oben korrigiert werden müsse. Der Grund dafür war die Entdeckung nicht registrierter Ausgaben der Valencianischen Gemeinschaft, die vor allem im Gesundheitswesen getätigt worden waren und entgegen den Bestimmungen des nationalen Rechts und des EU-Rechts den Grundsatz der Periodenabgrenzung missachtet hatten. Nach einer Überprüfung der Vorwürfe im September 2013 empfahl Eurostat der Kommission, eine offizielle Untersuchung zu der unrichtigen Übermittlung der VÜD-Daten in Spanien durchzuführen. Die Kommission macht damit erstmals von ihrer Befugnis aus den sog. „Six-Pack“-Regelungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung Gebrauch, die Schulden- und Defizitdaten eines Landes auf



Korrektheit zu überprüfen. Sollte sich der Verdacht auf Manipulation bestätigen, kann die Kommission finanzielle Sanktionen von bis zu 0,2 % des BIP gegen den Mitgliedstaat verhängen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-822\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-822_de.pdf)

Memo zur Überprüfung von Defizit- und Schuldendaten durch die Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-477\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-477_en.htm)

## **RAT ERZIELT EINIGUNG ÜBER POSITION ZUM JAHRESHAUSHALT 2015**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AS<sub>TV</sub>) hat am 16.07.2014 eine politische Einigung zur Position der Mitgliedstaaten in den Verhandlungen zum Haushaltsentwurf 2015 erzielt. Grundlage dieser Einigung war ein Kompromissvorschlag der italienischen Ratspräsidentschaft. Im Gegensatz zu dem am 11.06.2014 vorgelegten Haushaltsentwurf der Kommission wurden die Ausgabensteigerungen gegenüber dem laufenden Haushalt reduziert. Demnach betragen die Verpflichtungsermächtigungen 145,08 Mrd. € (+ 1,7 % ggü. 2014), die Zahlungsermächtigungen 140,0 Mrd. € (+ 3,3 %). Im Vergleich zum Kommissionsentwurf bedeutet das Einschnitte von 2,1 Mrd. € bei Zahlungen und von 522 Mio. € bei Verpflichtungen. Der Rat verweist darauf, dass damit ein ausreichender Spielraum verbleibe, um auf unvorhergesehene Ausgaben zu reagieren. Der Rat wird sein Mandat für die Haushaltsverhandlungen mit dem EP voraussichtlich im schriftlichen Verfahren Anfang September annehmen. Am 28.10.2014 soll die 21-tägige Vermittlungsperiode mit dem EP beginnen. Bereits im Vorfeld finden Trilogie statt. Die italienische Ratspräsidentschaft strebt eine Einigung über den Jahreshaushalt 2015 bis zum 14.11.2014 an.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/143936.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143936.pdf)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG FÜR EINEN 4. BERICHTIGUNGSHAUSHALT 2014**

Die Kommission hat am 10.07.2014 den Entwurf für einen 4. Berichtigungshaushalt für das laufende Haushaltsjahr 2014 veröffentlicht. Der Vorschlag enthält eine Revision der Prognosen für die Erhebungen der traditionellen Eigenmittel sowie der Mehrwertsteuer und BNE- Bemessungsgrundlagen. Die vorgenommenen Korrekturen im britischen Haushalt (Jahre 2010/11/13) äußert sich in einer Neuaufeilung der eingebrachten Beiträge der Mitgliedstaaten zum gesamten EU-Haushalt. Ebenso ist eine Revision der Prognosen für anderweitige Einkünfte vorgesehen, die sich auf Grund einer Reihe von Geldbußen ergeben, die festgelegt wurden und folglich jetzt beglichen werden müssen. Insgesamt würden sich damit die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt um 2 Mrd. € reduzieren. Berücksichtigt man alle drei Berichtigungshaushalte erhöhen sich die Finanzierungsleistungen um 105 Mio. € im Vergleich zum ursprünglichen Haushalt 2014. Für Deutschland bedeuten die Berichtigungshaushalte aber wegen der überdurchschnittlich guten wirtschaftlichen Entwicklung eine Erhöhung des Beitrags von ursprünglich 28.473,2 Mio. € (Haushaltsplan 2014) auf 29.021,8 Mio. € (+ 550 Mio. €).



Weitergehende Informationen:

[http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/2014/2014\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/2014/2014_de.cfm)

### **KOMMISSION BILLIGT BAYERISCHES BREITBAND-AUSBAUPROGRAMM**

Wie die Kommission mit Pressemitteilung vom 11.07.2014 bekannt gemacht hat, hat sie Anpassungen an dem bayerischen Programm zur Förderung von Breitbandnetzen der nächsten Generation in derzeit unterversorgten Gebieten genehmigt. Eine Überprüfung hat ergeben, dass die Regelungen mit den EU-Beihilfavorschriften und insbesondere der Breitband-Richtlinie vereinbar sind. Damit ist der Weg frei für das wohl EU-weit größte Breitbandförderprogramm in Bayern. Bis 2018 stehen bayerischen Kommunen 1,5 Mrd. € an Fördergeldern zur Verfügung, um den Ausbau des schnellen Internets in allen Landesteilen zu forcieren. Die Anpassungen haben vor allem das Förderverfahren deutlich entbürokratisiert. Das Programm ist Teil der Digitalisierungsstrategie BAYERN DIGITAL.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEX-14-0711\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-14-0711_en.htm)

### **KOMMISSION SETZT EXPERTENGRUPPE FÜR DEN AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH ÜBER FINANZKONTEN EIN**

Die Kommission hat beschlossen, eine Expertengruppe einzusetzen, die die Kommission bei der Umsetzung der weltweiten OECD-Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in EU-Recht unterstützt. Zusammensetzen soll sich die Expertengruppe aus Vertretern von Finanzinstituten sowie Organisationen, die sich mit der Verwaltung von Steuerangelegenheiten und der Förderung von Steuerehrlichkeit befassen. Das Mandat der Sachverständigen soll vom 01.09.2014 bis zum 30.06.2017 laufen. Es ist geplant, dass die Expertengruppe im Oktober 2014 ihre Arbeit aufnimmt. Derzeit regeln zwei europäische Gesetze den automatischen Informationsaustausch für Zwecke der direkten Steuern: die Zinsbesteuerungsrichtlinie und die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich direkte Steuern.

Weitergehende Informationen der Kommission:

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/tax\\_cooperation/mutual\\_assistance/financial\\_account\\_information/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/tax_cooperation/mutual_assistance/financial_account_information/index_de.htm)

### **KOMMISSION STARTET INITIATIVE ZUR UNTERSTÜTZUNG DES BREITBANDAUSBAUS**

Die Kommission hat am 10.07.2014 eine Initiative „Vernetzte Gemeinschaften“ gestartet, mit der sie Städte und Regionen beim Ausbau ihrer Breitbandnetze im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ unterstützen möchte. Das Ziel dabei ist die Erfassung und Unterstützung einer Reihe von innovativen Pilotprojekten beim Auf- und Ausbau von schnellen Breitbandnetzen. Das Angebot der Kommission umfasst Hilfe bei der



Projektfinanzierung, technische Aspekte und rechtliche Fragen staatlicher Beihilfe. Alle örtlichen, regionalen oder nationalen Stellen oder Organisationen, die in mindestens einem Mitgliedstaat beheimatet sind, können ein Breitbandprojekt vorschlagen, das allerdings gewisse Förderkriterien erfüllen muss. Die erste Phase endet mit dem Einreichungsschluss am 15.10.2014. Anschließend werden alle eingereichten Projekte ausgewertet, die Ergebnisse am 01.11.2014 mitgeteilt und in einer zweiten Phase bis 31.12.2014 weitere Informationen eingeholt. Nach Prüfung der Projekte durch die Weltbank und für Ende Februar die Auswahl die besten Projekte für eine technische Unterstützung geplant. Die Projekte, die durch die Initiative „Vernetzte Gemeinschaften“ ermittelt wurden, erhalten eine Art „Prüfsiegel“ der Kommission und werden an eine gemeinsame Plattform für technische Unterstützung der Kommission und Weltbank weitergereicht. Ziel ist es, eine Plattform des gemeinsamen Lernens zu errichten, aber auch Türen für neue Geschäfte und Effizienzgewinne zu öffnen.

Memo der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-474\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-474_de.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE**

---

### **WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE**

#### **KOMMISSION KONSULTIERT ZU MÖGLICHEN WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN DER LÄNDERSPEZIFISCHEN BERICHTERSTATTUNG GEMÄSS BASEL III**

Die Kommission hat am 11.07.2014 eine öffentliche Konsultation gestartet, in der sie interessierte Kreise aufruft, zu den möglichen wirtschaftlichen Folgen der neu vorgesehenen länderspezifischen Berichterstattung durch Institute gemäß Art. 89 der Richtlinie 2013/36/EU vom 26.06.2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (CRD IV bzw. Basel III; s. EB 05/2013) Stellung zu nehmen. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis 12.09.2014 möglich.

Website der Kommission zur Konsultation (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2014/country-by-country-crd4/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2014/country-by-country-crd4/index_de.htm)

Richtlinie 2013/36/EU vom 26.06.2013:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:176:0338:0436:DE:PDF>

#### **BULGARIEN STREBT BEITRITT ZUR EUROPÄISCHEN BANKENAUF SICHT AN**

Nach einer Krisensitzung des bulgarischen Ministerpräsidenten, des Finanzministers und weiterer politischer Spitzen mit dem Staatspräsidenten *Rosen Plewneliew* sowie dem Nationalbank-Präsidenten am 15.07.2014 hat die Bulgarische Zentralbank Kontakt mit der EZB aufgenommen, um den Beitritt von Bulgarien zum



Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) vorzubereiten. Hintergrund ist die Affäre um die viertgrößte Bank Bulgariens, die Corporate Commercial Bank (Corpbank) (s. den Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Bulgarischen Zentralbank (in englischer Sprache):

[http://www.bnb.bg/PressOffice/POPressReleases/POPRDate/PR\\_20140715\\_EN](http://www.bnb.bg/PressOffice/POPressReleases/POPRDate/PR_20140715_EN)

### **KOMMISSION LEGT GRÜNBUCH ZUR MÖGLICHEN AUSWEITUNG DES SCHUTZES GEOGRAFISCHER ANGABEN AUF NICHT-AGRARPRODUKTE VOR**

Die Kommission hat am 15.07.2014 ein Grünbuch zur möglichen Ausweitung des Schutzes geografischer Angaben auf Nicht-Agrarprodukte vorgelegt und damit eine Konsultation zu diesem Thema gestartet. Für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel sowie Weine und Spirituosen besteht EU-weit bereits ein einheitlicher Schutz geografischer Bezeichnungen. Dieses Regime erwägt die Kommission nun auf nicht-landwirtschaftliche Produkte, bei denen ebenfalls geografische Besonderheiten und Verarbeitungen zum Tragen kommen (z. B. Meißner Porzellan), zu erweitern. So soll traditionelles Wissen geschützt und besser wirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Hersteller, Händler, aber auch die Verbraucher, können auf die aufgeworfenen Fragen bis zum 28.10.2014 Stellung nehmen. Die Ergebnisse der Konsultation wird die Kommission anschließend auswerten und bei ihrer Entscheidung, ob sie auf EU-Ebene weitere Maßnahmen vorschlagen wird, berücksichtigen (s. den Beitrag des StMJ in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-832\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-832_de.htm)

Website der Kommission zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/index_de.htm)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZU UNLAUTEREN HANDELSPRAKTIKEN IN DER LEBENSMITTELVERSORGUNGSKETTE**

Die Kommission hat am 15.07.2014 eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie die Mitgliedstaaten auffordert, kleinere Lebensmittelhersteller und Einzelhändler besser vor unlauteren Handelspraktiken stärkerer Handelspartner zu schützen. Bereits im Januar 2013 hatte die Kommission den „Europäischen Aktionsplan für den Einzelhandel“ vorgestellt und im Rahmen dessen auch das „Grünbuch über unlautere Handelspraktiken in der B2B-Lieferkette für Lebensmittel und Nicht-Lebensmittel in Europa“ vorgelegt (s. EB 03/2013). Um unlauteren Handelspraktiken entgegenzuwirken, schlägt die Kommission den Mitgliedstaaten nun eine Reihe freiwilliger Maßnahmen vor.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-78\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-78_de.htm?locale=en)



Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/retail/docs/140715-communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/retail/docs/140715-communication_de.pdf)

### **NEUE LEITLINIEN FÜR RETTUNGS- UND UMSTRUKTURIERUNGSBEIHILFEN**

Am 09.07.2014 hat die Kommission die neuen „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ politisch gebilligt. Die Kommission steht solchen Beihilfen grundsätzlich sehr kritisch gegenüber, da sie Unternehmen auf dem Markt halten könnten, die sich als nicht ausreichend marktfähig erwiesen haben. Jedoch gebe es Fälle, in denen Unternehmen durch staatliche Unterstützungsleistungen in Verbindung mit Umstrukturierungen wieder eine Aussicht auf Rentabilität bekämen, so dass eine Beihilfe Arbeitsplätze und Know-how erhalten helfe und daher genehmigt werden könne. Die neuen Leitlinien übernehmen wesentliche Strukturen des geltenden Rechtsrahmens, enthalten aber auch einige Neuerungen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-795\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-795_de.htm)

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUM EUROPÄISCHEN FUSIONSKONTROLLVERFAHREN**

Die Kommission hat am 09.07.2014 eine Konsultation zu Verbesserungen beim EU-Fusionskontrollverfahren gestartet, die sie in dem gleichzeitig vorgelegten Weißbuch „Eine wirksame Fusionskontrolle“ entwickelt und vorgeschlagen hat. Sie möchte das Prüfverfahren bei Unternehmenszusammenschlüssen in Europa verschlanken und sowohl auf europäischer wie auf nationaler Ebene effizienter gestalten. Damit führt sie frühere Überlegungen und Maßnahmen aus einer Konsultation vom Frühjahr 2013 (s. EB 06/2013) und aus einem Paket mit Durchführungsrechtsakten bzw. -leitlinien vom Dezember 2013 fort. Während die Kommission bislang eine Änderung der EU-Fusionskontrollverordnung (EG) 139/2004 aufgrund der grundsätzlich zufriedenen Rückmeldungen von Interessenträgern nicht in Erwägung gezogen hatte, schließt sie eine solche je nach den Erkenntnissen aus der neuen Konsultation für die Zukunft nicht aus. Die Konsultation läuft bis zum 03.10.2014.

Pressemitteilung der Kommission :

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-801\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-801_de.htm?locale=en)

### **KOMMISSION FORDERT STÄRKUNG DER STELLUNG NATIONALER WETTBEWERBSBEHÖRDEN**

Die Kommission hat am 09.07.2014 eine Mitteilung „Zehn Jahre Kartellrechtsdurchsetzung – Ergebnisse und Ausblick“ veröffentlicht, in der sie zum einen eine Bilanz der Kartellrechtsdurchsetzung auf europäischer wie auf nationaler Ebene von 2004 bis 2013 (beruhend auf der Verordnung (EG) 1/2003) zieht, und zum anderen verschiedene Aspekte erörtert, bei denen ihrer Meinung nach die nationalen Wettbewerbsbehörden gestärkt werden sollten. Handlungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten sieht sie v. a. bei der Sicherung der



Unabhängigkeit und Ressourcenausstattung der nationalen Behörden, bei ihren Ermittlungs- und Entscheidungsbefugnissen, bei der Angemessenheit der möglichen Geldbußen sowie bei der Konzipierung von Kronzeugenregelungen. Konkrete Handlungsempfehlungen und -ankündigungen enthält die Mitteilung aber nicht.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-800\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-800_de.htm?locale=en)

## AUßENWIRTSCHAFT

### SECHSTE VERHANDLUNGSRUNDE ZU TTIP IN BRÜSSEL UND AUSSPRACHE IM EP

In der Woche vom 14. - 17.07.2014 fand die sechste Verhandlungsrunde zwischen der EU und den USA zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) in Brüssel statt. Gesprochen wurde v. a. über den Handel mit Waren und Dienstleistungen, regulatorische Zusammenarbeit, das öffentliche Auftragswesen, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz, Energie und Rohstoffe und die Chancen von KMU. Die Kommission hat dafür am 11.07.2014 eine Zusammenfassung des aktuellen Verhandlungsstands veröffentlicht, in der sie auf alle Bereiche von TTIP eingeht. Ein politisches Treffen von Handelskommissar *Karel De Gucht* und dem US-Handelsbeauftragten *Michael Froman* am 19.07.2014 soll das weitere Vorgehen bei den Verhandlungen bis zum Mandatsende der jetzigen Kommission (Ende Oktober 2014) abstecken.

Am 15.07.2014 gab *De Gucht* auch eine Erklärung zu TTIP im EP-Plenum in Straßburg ab, in der er v. a. die Chancen von TTIP und die Bemühungen der Kommission um größtmögliche Transparenz der Verhandlungen betonte. Er nahm dabei aber auch die Mitgliedstaaten in die Pflicht und bat diese, der Veröffentlichung des Mandats endlich zuzustimmen. Die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen des EP äußerten sich in unterschiedlicher Weise. MdEP der großen Fraktionen (EVP/S&D/ALDE) äußerten sich überwiegend positiv zu TTIP, zeigten aber mitunter Skepsis, v. a. in Bezug auf Transparenz sowie zur Aufnahme von Investor-Staat-Schieds-Regeln in TTIP. Explizit ablehnend zu TTIP äußerten sich v. a. MdEP der Grünen und der Linken, die entsprechende Plakate während der Aussprache hochhielten.

Zusammenfassung der Kommission zum Stand der Verhandlungen (in englischer Sprache):

[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/july/tradoc\\_152666.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/july/tradoc_152666.pdf)

Die Web-Übertragung der EP-Aussprache kann hier nachverfolgt werden:

[http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debates-video.html#banner\\_session\\_live](http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debates-video.html#banner_session_live)



## ENERGIE

### SONDERBERICHT DES EURH MIT EMPFEHLUNGEN ZUR FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIEN DURCH KOHÄSIONSMITTEL 2014 - 2020

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) kommt in seinem Sonderbericht Nr. 06/2014 vom 08.07.2014 mit dem Titel „Wurden mit den Mitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik zur Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energien gute Ergebnisse erzielt " zu dem Schluss, dass die Verwendung von EU-Mitteln zur Förderung erneuerbarer Energien verbessert werden muss, damit die gesetzten Ziele bis 2020 erreicht werden können. Bis 2020 strebt die EU einen Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 20 % an und hat dem entsprechend auch in den Verordnungen zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) 2014 - 2020 einen Schwerpunkt auf deren Förderung gelegt.

Pressemitteilung des EuRH:

[http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR14\\_06/INSR14\\_06\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR14_06/INSR14_06_DE.pdf)

Website des EuRH mit Zugang zum Sonderbericht:

<http://www.eca.europa.eu/de/Pages/ecadefault.aspx>

## TECHNOLOGIE UND INNOVATION

### KOMMISSION BILLIGT BAYERISCHES BREITBAND-AUSBAUPROGRAMM

Wie die Kommission mit Pressemitteilung vom 11.07.2014 bekannt gemacht hat, hat sie Anpassungen an dem bayerischen Programm zur Förderung von Breitbandnetzen der nächsten Generation in derzeit unterversorgten Gebieten genehmigt. Eine Überprüfung hat ergeben, dass die Regelungen mit den EU-Beihilfevorschriften und insbesondere der Breitband-Richtlinie vereinbar sind. Damit ist der Weg frei für das wohl EU-weit größte Breitbandförderprogramm in Bayern. Bis 2018 stehen bayerischen Kommunen 1,5 Mrd. € an Fördergeldern zur Verfügung, um den Ausbau des schnellen Internets in allen Landesteilen zu forcieren. Die Anpassungen haben vor allem das Förderverfahren deutlich entbürokratisiert. Das Programm ist Teil der Digitalisierungsstrategie BAYERN DIGITAL (s. den Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEX-14-0711\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-14-0711_en.htm)



## SONSTIGES

### KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR NEUEN MAKROREGIONALEN EU-STRATEGIE FÜR DEN ALPENRAUM

Am 16.07.2014 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen makroregionalen Strategie für den Alpenraum gestartet. Die Strategie für den Alpenraum (EUSALP) soll nach der Donauraumstrategie und der Ostseeraumstrategie sowie der geplanten adriatisch-ionischen Strategie die vierte makroregionale Strategie werden. Sie umfasst sieben Länder, fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie die Schweiz und Liechtenstein. Die Strategie soll eine innovative, nachhaltige Entwicklung fördern, die zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt, aber gleichzeitig auch das Natur- und Kulturerbe im Alpenraum bewahrt und bestehende Ungleichheiten ausgleichen hilft. Auch die Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Alpenraum ist ein Maßnahmebereich der Strategie. Interessierte Kreise können ihre Stellungnahmen bis 15.10.2014 einreichen. Bis Juni 2015 möchte die Kommission einen offiziellen Aktionsplan zur Alpenraumstrategie ausarbeiten (s. den Beitrag des StMUV in diesem EB).

Pressemitteilung der Konsultation:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-838\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-838_de.htm)

Website zur Konsultation (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/eusalp/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/eusalp/index_en.cfm)

## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

---

### BERICHT ÜBER DEN AGRARRAT VOM 14.07.2014 IN BRÜSSEL

Am 14.07.2014 fand in Brüssel der erste Agrarrat unter italienischem Ratsvorsitz statt. Zu Beginn stellte die italienische Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm für die Zeit bis zum 31.12.2014 vor. Als Hauptschwerpunkte im Landwirtschaftsbereich nannte die Präsidentschaft die Beratungen zur Novellierung der EU-Ökoverordnung sowie den Vorschlag über ein gemeinsames Schulmilch- und Schulobstprogramm. Hierzu plane der italienische Vorsitz, bis Ende des Jahres eine „Allgemeine Ausrichtung des Rates“ anzunehmen. Zudem sei das Thema Ernährungssicherheit und die in diesem Zusammenhang unter dem Motto „Den Planeten ernähren - Energie für das Leben“ stattfindende Expo 2015 in Mailand im Fokus der Präsidentschaft. Als weiteren Schwerpunkt wurde die Europa 2020-Strategie genannt, welche insbesondere im Hinblick auf die anstehende Halbzeitbewertung für Wachstum und Beschäftigung wichtig sei. Der Vorsitz verwies dabei auch auf die Neuausrichtung der GAP 2014 - 2020 und ihren Beitrag zur Strategie. In diesem Kontext sei besonders die Förderung von Junglandwirten prioritär.



[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf)

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus?lang=de&focusID=113066>

### **KOMMISSION ERMAHNT DEUTSCHLAND WEGEN ZU HOHER NITRATBELASTUNG IM WASSER**

Am 10.07.2014 forderte der Umweltkommissar *Janez Potočnik* in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme DEU erneut auf, gegen die Verunreinigung der Grundwassers, der Oberflächengewässer sowie der zunehmenden Eutrophierung, insbesondere der Ostsee, wirksam vorzugehen. Damit ist die zweite Stufe des formalen vorgerichtlichen Vertragsverletzungsverfahrens wegen mangelnder Umsetzung der Nitratrictlinie EU Nr. 91/676/EWG gegen DEU eingeleitet. DEU hat nun zwei Monate Zeit auf die Stellungnahme der Kommission zu reagieren, die Düngeverordnung (nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Nitratrictlinie in DEU) anzupassen sowie die geänderten bzw. weiteren Maßnahmen zur Erfüllung der Vorgaben der EU-Nitratrictlinie zu implementieren. Kommt DEU dieser Forderung nicht nach, ist die Kommission berechtigt, Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einzureichen, wie dies im Falle Frankreichs bereits geschehen ist.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12542\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12542_de.htm)

### **NEUE ZUSAMMENSETZUNG UND KONSTITUIERUNG DES AUSSCHUSSES FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG IM EP (AGRI)**

Am 07.07.2014 fand in Brüssel die konstituierende Sitzung im AGRI nach der Europawahl statt. Auf der Tagesordnung standen die Wahl des Vorsitzenden sowie die Wahl der vier Vize-Präsidenten des AGRI. Der polnische MdEP *Czesław Adam Siekierski* (EVP) wurde per Akklamation zum Vorsitzenden gewählt. Vize-Präsidenten des Ausschusses wurden *Eric Andrieu* (FRA, S&D), *Janusz Wojciechowski* (POL, EKR), *Clara Eugenia Aguilera García* (ESP, S&D) und *Viorica Dăncilă* (ROU, S&D).

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/agri/members.html#menuzone>

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT KURZZEITPROGNOSE (2014/2015) FÜR DEN GETREIDE-, FLEISCH- UND MILCHMARKT**

Am 07.07.2014 veröffentlichte die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD Agri) eine Kurzzeitprognose für die Entwicklung des Getreide-, Fleisch- und Milchmarktes für den Zeitraum 2014/2015.

[http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/short-term-outlook/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/short-term-outlook/index_en.htm)



## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZU UNLAUTEREN HANDELSPRAKTIKEN IN DER LEBENSMITTELVERSORGUNGSKETTE**

Die Kommission hat am 15.07.2014 eine Mitteilung veröffentlicht, welche die Mitgliedstaaten auffordert, kleinere Lebensmittelhersteller und Einzelhändler besser vor unlauteren Handelspraktiken stärkerer Handelspartner zu schützen. Bereits im Januar 2013 hatte die Kommission den „Europäischen Aktionsplan für den Einzelhandel“ vorgestellt und im Rahmen dessen auch das „Grünbuch über unlautere Handelspraktiken in der B2B-Lieferkette für Lebensmittel und Nicht-Lebensmittel in Europa“ vorgelegt (EB 03/13). Um unlauteren Handelspraktiken entgegenzuwirken, schlägt die Kommission den Mitgliedstaaten nun eine Reihe von freiwilligen Maßnahmen vor (s. auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-78\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-78_de.htm?locale=en)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/retail/docs/140715-communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/retail/docs/140715-communication_de.pdf)

## **KOMMISSION FORDERT 57 MIO. € AN AGRARMITTELN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN ZURÜCK**

Am 09.07.2014 gab die Kommission bekannt, dass mehrere Mitgliedstaaten im Rahmen des GAP-Rechnungsabschlussverfahrens EU-Gelder in Höhe von insgesamt rd. 57 Mio. € zurückzahlen müssen. Als Grund wird die nicht ordnungsgemäße Verwendung der Gelder seitens einiger Mitgliedstaaten genannt. Diese hatten es versäumt, geltende EU-Agrarvorschriften einzuhalten oder es bestanden mangelhafte nationale Kontrollverfahren für die Agrarausgaben.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-817\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-817_de.htm)

## **EU ERHEBT ZÖLLE AUF MAIS-, SORGHUM- UND ROGGENIMPORTE**

Am 16.07.2014 gab die Kommission bekannt, dass künftig Importzölle für Mais, Sorghum und Roggen erhoben werden. Für Importe der drei Getreidearten fallen künftig 5,32 € pro t an. Die Entscheidung, die Zölle anzuheben, basiert auf der Grundverordnung und ist eine Reaktion auf die Weltmarktsituation für Mais und die daraus resultierenden, niedrigen Preise. Der Prognose des Internationalen Getreiderats zufolge wird die Weltproduktion für Mais im Jahr 2014 bei 963 Mio. t liegen. Bewahrheitet sich diese Prognose, so sei Ende des Wirtschaftsjahres 2015/2015 mit weltweiten Lagerbeständen von 180 Mio. t zu rechnen. Dies würde mit einer Zunahme von rd. 13 Mio. t einen fünfjährigen Höchststand darstellen. Die prognostizierte Weltproduktion sei dabei v. a. auf die USA zurückzuführen. Dort war der Preis für Mais bereits im vergangenen Jahr aufgrund einer Rekordernte erheblich gesunken.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-488\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-488_de.htm)



## **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR NEUEN MAKROREGIONALEN EU-STRATEGIE FÜR DEN ALPENRAUM**

Am 16.07.2014 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen makroregionalen Strategie für den Alpenraum gestartet. Die Strategie für den Alpenraum (EUSALP) umfasst sieben Länder, fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie die Schweiz und Liechtenstein, in deren Gebiet der Alpen rd. 70 Mio. Menschen in 48 Regionen leben. Ziel der Strategie ist es, eine innovative, nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen, die zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt, aber gleichzeitig auch das Natur- und Kulturerbe im Alpenraum bewahrt und Ungleichheiten, die momentan im Alpenraum existieren, ausgleicht. Die Strategie beruht auf drei Säulen: Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Zusammenhalt im Alpenraum, gute Erreichbarkeit und Anbindung für alle Bewohner des Alpenraums und Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und Attraktivität des Alpenraums. Bürger, Unternehmen, Behörden, Organisationen und alle interessierten Kreise sind aufgerufen, ihre Vorschläge und Anregungen zur Alpenstrategie in die Konsultation einzubringen. Stellungnahmen können bis 15.10.2014 eingereicht werden (s. auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/eusalp/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/eusalp/index_en.cfm)

## **INFORMELLER UMWELTRAT AM 16./17.07.2014 IN MAILAND**

Am 16. und 17.07.2014 fand ein informeller Umweltrat in Mailand statt. Am ersten Tag diskutierten die Umweltminister das „Klima- und Energiepaket 2030“ sowie die Revision des Emissionshandelssystems mittels einer Marktstabilitätsreserve. Am zweiten Tag tagten erstmals die Umweltminister gemeinsam mit den Ministern für Arbeit und Soziales über das Beschäftigungspotential bei einem Übergang zu einer umweltfreundlichen „grünen“ und CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft, in deren Zentrum Energie, kohlenstoffarme Technologien und Ressourceneffizienz stehen soll. Dazu wurden an vier Runden Tischen die Themen Beschäftigung und Umweltpolitik: Instrumente, Erfahrungen und Hindernisse, Beschäftigungspotentiale und erforderliche Fertigkeiten in einer umweltfreundlichen Wirtschaft, erfolgreicher Wandel des Arbeitsmarktes auf dem Weg zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft und Aufnahme der grünen Arbeitsplätze in das Europäische Semester/Jahreswachstumsberichte behandelt (s. auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zu den Unterlagen des informellen Treffens:

<http://italia2014.eu/en/events/07/17/epsco-employment-and-environment-informal-joint-meeting/>

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUR SCHULVERPFLEGE ALS BEITRAG IM KAMPF GEGEN ADIPOSITAS**

Die gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) hat am 16.07.202014 einen Bericht über die Programme zur Schulverpflegung der 28 Mitgliedstaaten, Norwegens und der Schweiz veröffentlicht. In allen



beteiligten Ländern gibt es Leitlinien für die Schulverpflegung, die sich allerdings beträchtlich voneinander unterscheiden. Die staatlichen Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung an Schulen reichen von Empfehlungen auf freiwilliger Basis, wie in Deutschland, bis hin zu völligen Verboten in anderen Ländern, die unter anderem Werbung, Verkaufsautomaten und zuckerhaltige Getränke betreffen. Der Gesundheitskommissar, *Tonio Borg*, sagte dazu, dass nahezu eines von drei Kindern in Europa übergewichtig oder adipös sei und somit das Risiko trage, an einer Reihe vermeidbarer Leiden zu erkranken, z. B. an Typ-2-Diabetes. Schulen seien daher wichtige Partner, gesunde Ernährungsgewohnheiten bei Kindern zu fördern. Diese Untersuchung der Programme zur Schulverpflegung sei daher ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Adipositas (s. auch Beitrag des StMBW in diesem EB).

Bericht zu den Schulverpflegungsprogrammen:

<https://ec.europa.eu/jrc/sites/default/files/lbna26651enn.pdf>

Aktionsplan „Kinderfettleibigkeit“ 2014-2020 (englische Fassung):

[http://ec.europa.eu/health/nutrition\\_physical\\_activity/docs/childhoodobesity\\_actionplan\\_2014\\_2020\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/nutrition_physical_activity/docs/childhoodobesity_actionplan_2014_2020_en.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION**

---

### **RICHTLINIENVORSCHLAG ZUR ARBEITSZEITGESTALTUNG IN DER BINNENSCHIFFFAHRT AUF DER GRUNDLAGE EINER SOZIALPARTNERVEREINBARUNG**

Die Kommission hat am 07.07.2014 einen Richtlinienvorschlag zur Festlegung spezifischer Mindestvorschriften über die Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt vorgelegt. Grundlage dieses Vorschlags ist eine Vereinbarung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in diesem Sektor (Europäische Binnenschifffahrts-Union, Europäische Schifferorganisation und Europäische Transportarbeiter-Föderation) vom 15.02.2012. Vorgesehen ist in dem Vorschlag insbesondere, dass die Gesamtarbeitszeit 48 Stunden pro Woche nicht überschreitet, wobei die durchschnittliche Wochenarbeitszeit über einen Bezugszeitraum von zwölf Monaten berechnet werden kann. Für die Nachtarbeitszeit liegt die Höchstgrenze bei wöchentlich 42 Stunden. Außerdem haben sich die Sozialpartner auf zehn Stunden Ruhezeit pro Tag, davon mindestens sechs Stunden am Stück und auf 84 Stunden Ruhezeit pro Woche geeinigt. Daneben enthält der Vorschlag einen Anspruch auf mindestens vier Wochen bezahlten Jahresurlaub und einen Anspruch auf eine jährliche bezahlte Gesundheitskontrolle zu, um den besonderen Arbeitsbedingungen in der Binnenschifffahrt Rechnung zu tragen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-779\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-779_de.htm)

Richtlinienvorschlag der Kommission:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=11969&langId=de>



Anhang des Richtlinienvorschlags:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=11970&langId=de>

## **ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU ARBEITSPLÄTZEN FÜR JUGENDLICHEN**

Als eine seiner ersten Entschlüsse in der neuen Legislaturperiode nahm das Europäische Parlament am 17.07.2014 einen Text zum Thema Arbeitsplätze für Jugendliche mit 502 gegen 112 Stimmen bei 22 Enthaltungen an. Vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosenquoten in der EU fordert das Parlament darin stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. U. a. soll die Kommission die Umsetzung der Jugendgarantie in den Mitgliedstaaten wirksam überwachen und einen europäischen Rechtsrahmen mit Mindeststandards insbesondere für die Qualität von Ausbildungsstellen, angemessene Löhne für junge Menschen und den Zugang zu Arbeitsvermittlungsstellen vorschlagen. Von den Mitgliedstaaten werden wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erwartet, darunter v. a. solche für junge Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren. Die Abgeordneten schlagen den Mitgliedstaaten außerdem vor, die Jugendgarantie auf Menschen unter 30 Jahren auszuweiten.

Text der EntschlieÙung (vorläufige Ausgabe, ab S. 27):

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-  
//EP//NONSGML+TA+20140717+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20140717+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

## **EUGH VERWIRFT DEUTSCHE REGELUNG ZUM SPRACHNACHWEISERFORDERNIS IM EHEGATTENACHZUG DRITTSTAATSANGEHÖRIGER**

Der EuGH hat am 10.07.2014 zur Rechtssache C-138/13 (Naime Dogan gegen die Bundesrepublik Deutschland) geurteilt, dass der seit 2007 in Deutschland von Drittstaatsangehörigen für die Erteilung eines Visums für den Zweck des Ehegattennachzugs geforderte Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gegen Unionsrecht verstößt. Die Bestimmung sei nicht mit der sog. Stillhalteklausele vereinbar, die seit Anfang der 1970er Jahre im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der Türkei gelte.

PM des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140096de.pdf>

Urteil des EuGH:

[http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=154828&pageIndex=0&doclang=de&mode=r  
eq&dir=&occ=first&part=1&cid=375638](http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=154828&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=375638)

## **EUGH-URTEIL ZU AUFEINANDERFOLGEND BEFRISTETEN ARBEITSVERTRÄGEN BEI SEELEUTEN**

Der EuGH befasste sich in seiner Entscheidung vom 03.07.2014 in den Rechtssachen C-362/13, C-363/13 und C-407/13 mit der Auslegung der Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverhältnisse im Anhang der





## **KOMMISSION ORGANISIERT SEMINAR FÜR DIE MITGLIEDSTAATEN ZUR BESCHÄFTIGUNGSINITIATIVE FÜR JUNGE MENSCHEN**

Die Kommission lud die Mitgliedstaaten zu einem Seminar am 11.07.2014 nach Brüssel ein, um die Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zu beschleunigen. Die Mitgliedstaaten, die in den Genuss dieser speziell vorgesehen Mittel kommen können, sollen bei der Planung ihrer Maßnahmen und dem bestmöglichen Einsatz der Mittel unterstützt werden. Am gleichen Tag nahm die Kommission das operationelle Programm Italiens zur Durchführung der Jugendbeschäftigungsinitiative nach der Genehmigung eines entsprechenden Programms von Frankreich im letzten Monat an. Italien wird aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen über 530 Mio. € erhalten.

Pressemitteilungen der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-784\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-784_de.htm)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-826\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-826_de.htm)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST**

---

### **STATISTIK DER KOMMISSION ZUR ERASMUS-MOBILITÄT**

Am 10.07.2014 hat die Kommission die Statistik zum Erasmusprogramm im akademischen Jahr 2012/2013 veröffentlicht. Die Zahl der Erasmus-Studierenden ist im Vergleich zum Vorjahr in fast allen Ländern gestiegen. So stieg etwa die Zahl deutscher Erasmus-Studierender im Ausland im akademischen Jahr 2012/2013 im Vergleich zum Vorjahr leicht von 27.593 auf 28.887. In sechs Ländern, darunter z. B. Spanien, ging die Zahl der Erasmus-Studierenden hingegen zurück.

Memo der Kommission zur Erasmus-Statistik 2012/2013:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-476\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-476_de.htm)

Statistik 2012/2013:

[http://ec.europa.eu/education/library/statistics/ay-12-13/facts-figures\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/library/statistics/ay-12-13/facts-figures_en.pdf)

### **BERICHT ZUR SCHULVERPFLEGUNG IN DER EU VERÖFFENTLICHT**

Die gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) hat einen Bericht zu den nationalen Schulverpflegungsprogrammen der 28 EU-Mitgliedstaaten, Norwegens und der Schweiz veröffentlicht. Der Studie zufolge existieren in allen diesen Staaten Leitlinien für die Verpflegung in Schulen. Diese unterscheiden sich allerdings erheblich voneinander und reichen von strikten Verboten, z. B. was das Angebot von Produkten in Verkaufsautomaten oder von zuckerhaltigen Getränken anbelangt, bis hin zu reinen Empfehlungen. In Deutschland wurde in der Studie allein die nationale Ebene in den Blick genommen,



hier existieren – wegen der Zuständigkeit der Länder – auf Bundesebene keine verbindlichen Vorgaben. Die Verpflegungsprogramme der einzelnen Staaten verfolgen im Wesentlichen die gleichen Ziele: eine bessere Ernährung der Kinder, die Vermittlung einer ausgewogenen Ernährung und eines gesunden Lebensstils sowie die Vorbeugung von Adipositas bei Kindern.

Studie zu den nationalen Leitlinien für die Schulverpflegung (englisch):

<https://ec.europa.eu/jrc/sites/default/files/lbna26651enn.pdf>

## **KONSULTATION ZU DIGITALEN ARBEITSWEISEN IN DER WISSENSCHAFT („SCIENCE 2.0“) GESTARTET**

Am 03.07.2014 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema „Science 2.0“ eingeleitet. Der Begriff „Science 2.0“ steht für das Phänomen, dass sich die traditionelle Arbeitsweise im Forschungs- und Wissenschaftsbereich zunehmend verändert, insbesondere indem digitale Medien verstärkt genutzt werden. Das Konzept von „Science 2.0“ baut auf mehreren Trends auf: Die Zahl wissenschaftlicher Publikationen steigt, wissenschaftliche Informationen werden für die Öffentlichkeit leichter zugänglich, die globale Zusammenarbeit nimmt zu, die Zahl der Wissenschaftler steigt, und Bürger werden häufiger miteinbezogen. Die Verfügbarkeit umfangreicher Datensätze bietet neue Möglichkeiten im Forschungsbereich. Forscher veröffentlichen ihre Ergebnisse oft schon frühzeitig im Internet. Die Ergebnisse der bis zum 30.09.2014 laufenden Konsultation sollen anschließend in Expertenworkshops diskutiert und dabei etwaige politische Initiativen vorbereitet werden.

Informationen zur Konsultation „Science 2.0“:

[http://ec.europa.eu/research/consultations/science-2.0/consultation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/research/consultations/science-2.0/consultation_en.htm)

Hintergrunddokument zur öffentlichen Konsultation zu „Science 2.0“:

<http://ec.europa.eu/research/consultations/science-2.0/background.pdf>

## **STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

---

### **UMWELT UND NATURSCHUTZ**

#### **RAT NIMMT ÄNDERUNGEN ZUR RICHTLINIE ÜBER NUKLEARE SICHERHEIT AN**

Am 08.07.2014 hat der Europäische Rat die Änderungen zur Richtlinie über nukleare Sicherheit angenommen. Die Änderung beinhaltet eine Stärkung der Befugnisse der nationalen Regierungsbehörden und EU-weite Sicherheitsstandards wie verpflichtende Notfallstrategien. Darüber hinaus wird ein europäisches Peer-Review-System durch internationale Inspektorenteams eingeführt, die alle sechs Jahre von den Mitgliedstaaten mit Hilfe der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit



(ENSREG) und des Verbandes der westeuropäischen Aufsichtsbehörden im Nuklearbereich (WENRA) durchgeführt werden sollen. Die erste themenbezogene Peer-Review wird im Jahr 2017 durchgeführt. Neben einer Erstbewertung vor dem Bau einer kerntechnischen Anlage sollen alle zehn Jahre nationale Sicherheitsprüfungen durchgeführt werden. Auch die Transparenz über Fragen im Bereich der nuklearen Sicherheit soll durch Berichte über die Peer-Reviews verbessert werden. Nach In-Kraft-Treten der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten drei Jahre Zeit, diese in nationales Recht umzusetzen.

Link zur angenommenen Richtlinie für nukleare Sicherheit:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2010562%202014%20INIT>

### **INFORMELLER UMWELTRAT AM 16./17.07.2014 IN MAILAND**

Am 16. und 17.07.2014 fand ein informeller Umweltrat in Mailand statt. Am ersten Tag diskutierten die Umweltminister das „Klima- und Energiepaket 2030“ sowie die Revision des Emissionshandelssystems mittels einer Marktstabilitätsreserve. Am zweiten Tag tagten erstmals die Umweltminister gemeinsam mit den Ministern für Arbeit und Soziales über das Beschäftigungspotential bei einem Übergang zu einer umweltfreundlichen „grünen“ und CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft, in deren Zentrum Energie, kohlenstoffarme Technologien und Ressourceneffizienz stehen soll. Dazu wurden an vier Runden Tischen die Themen Beschäftigung und Umweltpolitik: Instrumente, Erfahrungen und Hindernisse, Beschäftigungspotentiale und erforderliche Fertigkeiten in einer umweltfreundlichen Wirtschaft, erfolgreicher Wandel des Arbeitsmarktes auf dem Weg zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft und Aufnahme der grünen Arbeitsplätze in das Europäische Semester/Jahreswachstumsberichte behandelt.

Link zu den Unterlagen des informellen Treffens:

<http://italia2014.eu/en/events/07/17/epsco-employment-and-environment-informal-joint-meeting/>

### **KOMMISSION VERSCHÄRFT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN NITRATBELASTUNGEN IM GRUNDWASSER**

Am 10.07.2014 hat die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland übermittelt und damit die nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens wegen mangelnder Umsetzung der Nitratrichtlinie 91/676/EWG eingeleitet. Deutschland hat jetzt zwei Monate Zeit, in angemessener Form zu reagieren. Sollte die Bundesrepublik nicht genug gegen die zunehmende Nitratbelastung im Grundwasser und in Oberflächengewässer unternehmen. Ist dies nicht der Fall, kann die Kommission Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einreichen. Die Analyse der Daten, die Deutschland 2012 übermittelt hatte, zeigt nach Ansicht der Kommission, dass Deutschland nicht genug dafür getan hat, die Nitratbelastung von Gewässern zu verringern und weiteren Nitratbelastungen vorzubeugen, da der vorgeschriebene Grenzwert für Nitrat von 50 mg/l unverändert bei über der Hälfte (50,3 %) der Messstellen überschritten wurde. Außerdem haben an 40 % der Messstellen die Nitratkonzentrationen zugenommen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).



PM der KOM über Vertragsverletzungsverfahren:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-470\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-470_de.htm?locale=en)

## **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR NEUEN MAKROREGIONALEN EU-STRATEGIE FÜR DEN ALPENRAUM**

Am 16.07.2014 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen makroregionalen Strategie für den Alpenraum gestartet. Die Strategie für den Alpenraum (EUSALP) umfasst sieben Länder, fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie die Schweiz und Liechtenstein, in deren Gebiet der Alpen rd. 70 Mio. Menschen in 48 Regionen leben. Ziel der Strategie ist es, eine innovative, nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen, die zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt, aber gleichzeitig auch das Natur- und Kulturerbe im Alpenraum bewahrt und Ungleichheiten, die momentan im Alpenraum existieren, ausgleicht. Die Strategie beruht auf drei Säulen: Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Zusammenhalt im Alpenraum, gute Erreichbarkeit und Anbindung für alle Bewohner des Alpenraums und Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und Attraktivität des Alpenraums. Bürger, Unternehmen, Behörden, Organisationen und alle interessierten Kreise sind aufgerufen, ihre Vorschläge und Anregungen zur Alpenstrategie in die Konsultation einzubringen. Stellungnahmen können bis 15.10.2014 eingereicht werden.

Link zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/eusalp/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/eusalp/index_en.cfm)

## **KOMMISSION FÖRdert PROJEKTE ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS MIT 1 MRD. €**

Die Europäische Kommission hat am 08.07.2014 im Rahmen des NER300-Förderprogrammes zur Bekämpfung des Klimawandels an 19 Projekte Mittel in Höhe von 1 Mrd. € vergeben. Zu den geförderten Projekten gehört auch das erste grenzüberschreitende NER300-Vorhaben für den Bau eines geothermischen Kraftwerks für die Strom- und Wärmezeugung an der deutsch-französischen Grenze in der Nähe von Straßburg – gefördert wird dieses Projekt mit 16,8 Mio. €. Die höchste Fördersumme in Höhe von 300 Mio. € erhält das CCS-Projekt „White Rose“ in Yorkshire. Bei diesem Projekt werden 90 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Kohlekraftwerk Drax mittels der Oxyfuel-Technologie aufgefangen und in einer Lagerstätte unter der Nordsee gespeichert. Die Kommission ist der Ansicht, dass sich diese Technologie leicht auf andere Kohlekraftwerke übertragen lässt. Die ausgegebenen Fördermittel ziehen weitere 900 Mio. € private Investitionen nach sich und haben mit den 20 Projekten aus der ersten Aufforderung zusammen mehrere tausend Arbeitsplätze geschaffen.

Link zur öffentlichen Konsultation:

[http://ec.europa.eu/clima/consultations/articles/0023\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/consultations/articles/0023_en.htm)

Link zur Pressemitteilung:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-780\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-780_de.htm)



## FÖRDERMITTEL FÜR TECHNOLOGIEN DER ZUKUNFT AUSGESCHRIEBEN

Am 09.07.2014 wurden sieben öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen des EU-Programmes „Horizon 2020“ ins Leben gerufen. Insgesamt 22 Mrd. € sollen von der Europäischen Kommission, den EU-Staaten und der Industrie bis zum Jahr 2020 in zukunftssträchtige Innovationen u. a. in den Bereichen Innovative Medizin, Brennstoffzellen oder Biobasierte Industrie investiert werden. In der ersten Ausschreibungsrunde werden 1,13 Mrd. € aus öffentlichen und in etwa derselbe Betrag aus privaten Mitteln ausgeschrieben. Im Bereich biobasierter Industriezweige stehen dank der öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen der EU und einem Konsortium biobasierter Industriezweige (BIC) insgesamt Mittel in Höhe von 3,7 Mrd. € zur Verfügung. Das Hauptaugenmerk der biobasierten Industrie (BBI) gilt der Verdopplung des Anteils von biobasierten Chemikalien (von 10 % auf 20 %), eine Stärkung der Mobilisierung von Biomasse um 10 % sowie der Verringerung der Einfuhr von Proteinen für Futtermittel um 10 %. An der Ausschreibung können sich Unternehmen, Hochschulen, Forschungsinstitute und sonstige Einrichtungen beteiligen und jetzt ihre Projektvorschläge einreichen.

Link zum Themenbereich „biobasierte Industriezweige“:

<http://bbi-europe.eu/>

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### KOMMISSION VERABSCHIEDET EMPFEHLUNGEN ZU ONLINE-GLÜCKSSPIELEN IN DER EU

Am 14.07.2014 hat die Kommission Empfehlungen für die Regulierung von Online-Glücksspielen in der EU veröffentlicht. Die Empfehlungen sollen einem besseren Schutz der Teilnehmer an solchen Spielen dienen, damit die Gesundheit insbesondere von Minderjährigen nicht durch exzessives Spielen beeinträchtigt wird. Die Empfehlungen „laden die Mitgliedstaaten ein“, bei der Regulierung u. a. folgende Prinzipien anzuwenden: Für Glücksspiel-Websites sollen Basisinformationen vorgeschrieben werden, es soll sichergestellt werden, dass Minderjährige keinen Zugang zu Online-Glücksspielen haben und es sollte ein Registrierungsverfahren zur Einrichtung von Spielerkonten geben. Darüber hinaus sollten Spieler Zugang zu Beratungsstellen haben und sowohl Werbung als auch Sponsoring für Online-Glücksspiele transparenter werden. Die Mitgliedstaaten sollen zudem Aufklärungskampagnen zu den Risiken des Glücksspiels durchführen, besser die Daten zu Spielerkonten erfassen, Verstöße von Anbietern gegen die Vorschriften registrieren und der Kommission diejenigen Regulierungsstellen benennen, die die Umsetzung der Empfehlung „unabhängig überwachen“ werden. Die Empfehlungen sind für die Mitgliedstaaten rechtlich nicht verbindlich. Die Kommission hat jedoch die Mitgliedstaaten aufgefordert, der Kommission 18 Monate nach Veröffentlichung der Empfehlung im Amtsblatt der Europäischen Union über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten. Die Kommission wird diese Maßnahmen dann 30 Monate nach der Veröffentlichung bewerten (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).



Link zu den Empfehlungen:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-commission-recommendation-on-online-gambling\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-commission-recommendation-on-online-gambling_de.pdf)

Link zur Analyse der Auswirkungen:

Zusammenfassung:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-executive-summary-of-ia\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-executive-summary-of-ia_de.pdf)

Teil 1:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part1\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part1_de.pdf)

Teil 2:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/initiatives/140714-impact-assessment-part2_de.pdf)

## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

---

### **PATIENTENRECHTE: KOMMISSION FORDERT VOLLSTÄNDIGE UMSETZUNG DER EU-REGELN**

Die Kommission hat am 10.07.2014 Deutschland und elf weitere Mitgliedstaaten aufgefordert, mitzuteilen, wie sie die Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (RL 2011/24/EU) in nationales Recht umgesetzt haben. In der Richtlinie sind die Rechte der Patienten auf Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat sowie die Erstattung der Kosten im Heimatland geregelt. Ferner sieht die Richtlinie vor, dass Patienten alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, unter denen sie in einem anderen MS Anspruch auf Gesundheitsversorgung haben. Irland und Luxemburg haben noch keine Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie mitgeteilt, die anderen MS haben die Vorgaben teilweise umgesetzt. Die Umsetzungsfrist endete bereits am 25. Oktober 2013. Deutschland und die anderen MS haben nun zwei Monate Zeit, der Kommission mitzuteilen, welche Maßnahmen sie zur Umsetzung der Richtlinie ergriffen haben. Bei Missachtung dieser Aufforderung kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anrufen.

Richtlinie 2011/24/EU:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:088:0045:0065:de:PDF>

Informationen zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung:

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/employment\\_and\\_social\\_policy/social\\_protection/sp0002\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/social_protection/sp0002_de.htm)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUR SCHULVERPFLEGUNG ALS BEITRAG IM KAMPF GEGEN ADIPOSITAS**

Die gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) hat am 16.07.202014 einen Bericht über die Programme zur Schulverpflegung der 28 Mitgliedstaaten, Norwegens und der Schweiz veröffentlicht. In allen



beteiligten Ländern gibt es Leitlinien für die Schulverpflegung, die sich allerdings beträchtlich voneinander unterscheiden. Die staatlichen Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung an Schulen reichen von Empfehlungen auf freiwilliger Basis, wie in Deutschland, bis hin zu völligen Verboten in anderen Ländern, die unter anderem Werbung, Verkaufsautomaten und zuckerhaltige Getränke betreffen. Der Gesundheitskommissar, *Tonio Borg*, sagte dazu, dass nahezu eines von drei Kindern in Europa übergewichtig oder adipös sei und somit das Risiko trage, an einer Reihe vermeidbarer Leiden zu erkranken, z. B. an Typ-2-Diabetes. Schulen seien daher wichtige Partner, gesunde Ernährungsgewohnheiten bei Kindern zu fördern. Diese Untersuchung der Programme zur Schulverpflegung sei daher ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Adipositas (siehe Beitrag des StMBW in diesem EB).

Bericht zu den Schulverpflegungsprogrammen:

<https://ec.europa.eu/jrc/sites/default/files/lbna26651enn.pdf>

Aktionsplan „Kinderfettleibigkeit“ 2014-2020 (englische Fassung):

[http://ec.europa.eu/health/nutrition\\_physical\\_activity/docs/childhoodobesity\\_actionplan\\_2014\\_2020\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/nutrition_physical_activity/docs/childhoodobesity_actionplan_2014_2020_en.pdf)

## IUK- UND MEDIENPOLITIK

---

### SCHWERPUNKTE IN DER AGENDA DES NEUEN KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN JEAN-CLAUDE JUNCKER: DIGITALER BINNENMARKT UND GEWÄHRLEISTUNG DER KULTURELLEN VIELFALT IM RAHMEN VON TTIP

Der neue Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* stellte am 15.07.2014 sein Programm mit dem Titel „Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Gerechtigkeit und demokratischen Wandel“ vor. Schwerpunkt dieser politischen Leitlinien ist u. a. ein vernetzter digitaler Binnenmarkt, der die bestehenden nationalen „Silostrukturen“ in den Telekommunikationsvorschriften, in Urheberrechts- und Datenschutzrecht, bei der Verwaltung von Funkfrequenzen und in der Anwendung des Wettbewerbsrechts aufbrechen soll. Desweiteren hat er sich ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zum Ziel gesetzt, bei dem die europäischen Standards insbesondere im Bereich kulturelle Vielfalt und Datenschutz gewahrt bleiben. Die neue Kommission möchte der Präsident so organisieren, dass diesen Schlüsselbereichen Rechnung getragen wird und schnell sowie effizient Ergebnisse erzielt werden.

Programm des neuen Kommissionspräsidenten:

[http://ec.europa.eu/news/eu\\_explained/140715\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/eu_explained/140715_de.htm)



## **EUGH BESTÄTIGT EU-KARTELLSTRAFE GEGEN TELEFÓNICA**

Der EuGH hat am 10.07.2014 die von der Kommission im Kartellverfahren gegen Telefónica de España in Höhe von 152 Mio. € wegen Missbrauchs ihrer marktbeherrschenden Stellung für Breitband-Internetzugang bestätigt.

<http://curia.europa.eu>

## **DIGITAL VENICE: ITALIENISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT DISKUTIERT ZUKUNFT DER DIGITALEN WIRTSCHAFT IN EUROPA**

Anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Italien fand vom 07.-11.07.2014 eine Konferenz mit dem Titel „Digital Venice“ in Venedig statt, zu der rund 300 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Italiens, *Matteo Renzi*, sowie Vizekommissionspräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) über die Zukunft der digitalen Wirtschaft in Europa diskutierten. Ziel der mit Unterstützung der Kommission von Italien veranstalteten Konferenz war es, die Bedeutung des digitalen Binnenmarktes für die Zukunft der europäischen Wirtschaft herauszustreichen und einen weiteren Fahrplan für die digitale Agenda der EU festzulegen (EB 18/2013). Als Ergebnis der Konferenz soll die sog. „Venedig-Erklärung“ mit dem Titel „Venice Declaration For a More Digital Union“ verabschiedet werden, deren Inhalt gleichzeitig eine Diskussionsgrundlage für die anstehende Überarbeitung der EU-2020-Ziele darstellen soll. Die italienische Ratspräsidentschaft beabsichtigt, die Erklärung im Rahmen des Telekom-Rates im November 2014 vorzustellen.

Digital Venice 2014 Webseite:

<http://www.digitalvenice.eu/digital-venice-2014>

Business Europe Pressemitteilung (08.07.14):

<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=33157>

GSMA Pressemitteilung (09.07.14):

<http://www.gsma.com/newsroom/telecoms-operators-call-for-fresh-progressive/>

Rede von Neelie Kroes (Venedig, 08.07.14):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-534\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-534_en.htm)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIEN ZU VIDEO-ON-DEMAND-DIENSTEN**

Die Kommission hat im Juli 2014 eine deskriptive Studie zum Markt der audiovisuellen Abrufdienste in der EU sowie eine weitere Studie zu den Ursachen, Hintergründen und Möglichkeiten der Behebung der Fragmentierung des Binnenmarkts für Online-Video-on-demand (VoD)-Dienste aus Sicht der Inhalteanbieter veröffentlicht.



Studie SMART 2012/0027 (Fragmentation of the Single Market for on-line video-on-demand services: point of view of content providers) (auf English):

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/fragmentation-single-market-line-video-demand-services-point-view-content-providers>

Studie SMART 2012/0028 (On-demand Audiovisual Markets in the European Union):

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/demand-audiovisual-markets-european-union-smart-20120028>